Erscheint jeden Freitag
Postsparkassen-Konto Nr. 45983
Inseraten-Abteilung Nr. 63372
Telephon Nr. 626-30
Redaktion und Administration: Prag I. Dlouhá 41.
Abonnement halbj. 45 Kč

2. Ijjar 5693
28. April 1933
XXVII. Jahrgang
Nr 17.

Selbstwehr

Jüdisches Volksblatt

Rede des Abg. Dr. Goldstein im Parlament

Seite 3

Man darf sich nicht daran gewöhnen!

Die Japaner rücken in China vor. Anfangs war man empört. Der Völkerbund rührte sich, nicht sehr stark, aber doch ein wenig. Die Japaner ließen sich nicht stören. Woche um Woche eroberten sie, bombardierten sie, annektierten sie, ganz im Widerspruch zu den knapp zuvor beschworenen Pakten. Und das Merkwürdige geschah: Die Welt gewöhnte sich an das krasse Unrecht, das vor aller Augen getan wurde. Man fand sogar Entschuldigungen für die Japaner, man distanzierte sich vom vergewaltigten China. Heute regt sich keiner mehr auf, wenn er in der Zeitung liest, daß die Japaner ihre Flugzeuge über den Vororten Pekings arbeiten lassen. Man staunt über gar nichts mehr. Man ist gegen die Verdammnis abgestumpft.

Die bange Frage taucht auf: Wird sich die zivilisierte Welt, die heute in Einheitsfront gegen Hitler-Deutschland steht, nicht auch an das Unrecht gewöhnen, das in Deutschland gegen Hunderttausende wehrloser Juden (und gegen alle fortschrittlich Gesinnten) geschieht? — Man muß es sich täglich vor Augen führen, was es bedeutet, daß Tausende von jüdischen Aerzten, Juristen, Staats- und Privatbeamten, Lehrern, Schriftstellern, Künstlern von heute auf morgen aus ihren Berufen geworfen sind. Man muß sich klarmachen, mit welcher sadistischen Bosheit ihnen gleichzeitig die Auswanderung verboten und jede Uebergangszeit und Möglichkeit, sich auf andere Berufe umzustellen, verwehrt wird. Aushungern, zu Bettlern machen, den Kindern die Schulbildung verweigern, — das sind die Waffen, mit denen das neue Deutschland den unmenschlichsten aller Kriege gegen die Juden offiziell eröffnet hat. Daneben verblassen alle Greuelmeldungen privaten Charakters. Denn hier hat ein Vernichtungsfeldzug eingesetzt, von dessen tiefgehender Bedeutung und Gefahr man noch gar nicht ergriffen genug ist. Und man muß wissen: das Judentum der ganzen Welt ist diffamiert, wenn es Hitler gelingt, sein Programm durchzusetzen. Denn offiziell werden alle Entrechtungsmaßnahmen mit der angeblichen „Minderwertigkeit der jüdischen Rasse" begründet. Wohlgemerkt: mit der Minderwertigkeit nicht etwa nur der deutschen, sondern aller Juden, wo immer sie leben. Es ist daher kein Wunder, daß jeder Jude den Kampf, der heute um die Juden Deutschlands tobt, als seinen eigenen persönlichen Kampf ansehen muß. Und das Judentum der ganzen Welt hat geantwortet. Eine instinktive Solidaritätsaktion ist entstanden. Ergreifendes Bild: der alte ehrwürdige Volkskörper, seit fast zweitausend Jahren ohne eigenes Staatsleben und daher politischen Instinkten nahezu abgestorben, macht wie im Schlaf eine mächtige Geste, er ist noch nicht tot, wie wir alle glaubten, wir Zionisten, denen es mit unseren stärksten Aufrufen nicht gelang, mehr als einen Bruchteil des Volkes zu Leben und Aktion zu bringen, — heute sehen wir, wie der organische Aufbau unseres Volkes trotz seiner abnormen und durch Jahrhunderte ins Ungesunde gedrängten Situation in einer Stunde äußerster Gefahr immer noch gesund reagiert. Das gibt uns neue Hoffnung, neue Kraft. Ein Volk, das sich in ärgster Zersplitterung und innerer Verknechtung an pure Abstraktionen dem Mutterboden fast entfremdet hat, verspürt dennoch den großen volkhaften Solidaritätszusammenhang, wenn die Stunde ruft. Instinktiv hat der jüdische Arbeiter in New York, der kulturferne, halb-arabisierte jüdische Krämer in Tunis und Marokko, der jüdische Weltmann in Paris und London, der polnisch-jüdische Proletarier und der Fabrikant in Brünn denselben Ruf ausgestoßen: Kein Friede mit dem Hitlerismus, Kampf um unsere Existenz und unsere Ehre. Die Welt hat diesen Ruf gehört. Mit Respekt bekennen sich die fortschrittlichen demokratischen Nationen aller Länder (mit einziger Ausnahme der Prager „Bohemia") zu unserem Recht, unserer Würde, mit der wir die jedem Volk eingeborenen Ansprüche auf Existenz zu verteidigen beginnen. Man kann es ruhig aussprechen: noch nie hat das jüdische Volk als Volk so viel Sympathien der neutralen Nationen auf sich gelenkt wie heute, wo es im aufgedrungenen Kampf gegen die Bestialität des Hitlerismus steht. Das Judentum weiß sich in guter Gesellschaft, es wird von Hitler-Deutschland nicht anders verfolgt, als dort heute jeder freie Gedanke, jede entwicklungskräftige Kunst, jede vorurteilsfreie Wissenschaft geächtet ist.

Dieser Kampf kann nicht enden, solange das Hitler-Regime nicht fällt oder seinen Kurs ändert, der heute bereits in manchen Maßnahmen das Gebiet des Wahnsinns und der Selbstzerstörung streift (man denke an die Entlassung der Kieler Universitätsprofessoren, arischer, nur durch ihre Konventionslosigkeit unbequemer Männer, an die Kaltstellung des großen, nationalistisch deutsch orientierten Philosophen Heidegger!). Die Welt wird sich an die geistigen und körperlichen Korporalsallüren des neuen Deutschland nicht gewöhnen, wenn sie nicht ihr Kostbarstes, den Geist und die Gerechtigkeit, preiszugeben gewillt ist. Der jüdische Volksinstinkt, der Jahrhunderte lang geschlafen hat, wird weiterhin seine Bundesgenossen finden, die einheitliche Front aller menschlich Gesinnten festigen und ausbauen.

Was wird mit den Juden geschehen? Sie werden sich mehr als bisher mit ihren eigenen Angelegenheiten beschäftigen und aufhören, Lehrmeister der Völker zu spielen, die unsere (wohlgemeinten) Verbesserungsvorschläge mit Undank, ja mit Haß beantworten. Unseren Sozialismus können wir in Palästina, in den Kwuzoth betätigen. Damit ist nicht gesagt, daß wir nicht auch in der Diaspora gemäß unseren ethischen Ideen zu leben haben; aber nicht als Führer der anderen Völker, sondern als teilnehmende Freunde und Berater, hauptsächlich aber als ehrlich Wirkende im eigenen bescheidenen Volkskreis. — Palästina also ist die Rettung in jeder Hinsicht, auch in bezug auf die in uns sich regenden erlöserischen Kräfte. Missionsideen, die nur im organischen Wirkungsfeld gesund und unverbogen gedeihen, nicht in Anpassung auf die grundverschiedenen Bedingungen eines anderen Volkstums. Zur Rettung des deutschen Judentums ist es aber weiterhin nötig, daß die zunächst nur reaktiv aufgetretene Instinktverbundenheit des Weltjudentums in festere Formen gebracht wird: der geplante Weltkongreß muß Wirklichkeit werden, bis dahin müssen andere Instanzen, vor allem in der heute zur Führung berufenen Judenschaft Englands, die Angelegenheit der deutschen Juden vor das Weltforum, den Völkerbund bringen.

In seltsamem Gegensatz zur Solidarität, die heute zwischen den ihrer Gemeinschaft sich bewußt werdenden Juden und den führenden Demokraten aller Nationen kontra Hitler sich herausgebildet hat, hat die in Wien und Prag neu erscheinende „Weltbühne" keine anderen Sorgen, als einen von unwahren Behauptungen strotzenden und mit abgetakelten Argumenten hantierenden Artikel gegen den Zionismus zu starten (Wilhelm Stefan: „Renaissance des Zionismus?"). Hier macht sich die Instinktlosigkeit des jüdischen Intellektuellen unangenehm fühlbar, dieselbe Instinktlosigkeit, die in Prag zur Gründung von kommunistischen Zeitschriften, zur Intensivierung kommunistischer Agitation geführt hat. Wollen denn diese Herren, deren Berliner Methoden einer unfruchtbaren Kritik, eines öden abstrakten Radikalismus dazu beigetragen haben, die linke Front zu schwächen und Hitler in den Steigbügel zu helfen (man denke doch an das gemeinsam von Kommunisten und Nationalsozialisten betriebene Plebiszit gegen den preußischen, damals noch von der Sozialdemokratie beherrschten Landtag!), — wollen diese Herren ihre mit Erfolglosigkeit geschlagenen Methoden nun bei uns versuchen? Heute steht Sowjetrußland vor der größten aller Hungersnöte, die es je erlebt hat, und ist so machtlos, daß es weder gegen Japan noch gegen die Kommunistenvertilgungen in Deutschland die Hand zu erheben vermag. Ueber das kommunistische Endziel soll hier nicht diskutiert werden. Daß aber die Taktik der kommunistischen Partei außerhalb Rußlands unsinnig war und ist, daß sie dem Sozialismus das Grab schaufelt, daß sie speziell das Judentum als Kanonenfutter des Kommunismus verwendet, die Juden, und namentlich die jüdische Jugend in den Kampf hetzt und schließlich zu ihrer Rettung nicht einmal die kleinste diplomatische Intervention des riesigen Sowjetstaates herbeigeführt hat, — das ist dem Einsichtigen längst klar. Stalin hat sich bewußt auf die Ordnung russischer Verhältnisse zurückgezogen, die mit ihrer erschrecklichen Inflation und dem Zusammenbruch der land-

(Fortsetzung 2. Seite, 4. Spalte.)

Deutsche Juden und Völkerbund

Der Vorsitzende der Jüdischen Partei, Dr. Emil Margulies, welcher auch die jüdische Minderheit in der Exekutive des Europäischen Minderheitenkongresses vertritt, teilte am Dienstag, dem 26. d., in einer Manifestationsversammlung in Reichenberg mit, daß wegen der Verfolgung und Entrechtung der deutschen Juden eine Anrufung des Völkerbundes in Vorbereitung sei. Gegenstand dieser jüdischen Beschwerde bildet die Verletzung der Grundsätze der Gleichheit und Gleichberechtigung vor dem Gesetze und den amtlichen Behörden für jeden Staatsbürger, ohne Rücksicht auf Nation, Abstammung oder Religion, Grundsätze, welche in der Verfassung jedes zivilisierten Staates als selbstverständlich verankert sind, außerdem aber ausdrücklich im deutsch-polnischen Abkommen vom 15. Mai 1922, betreffend Oberschlesien von Deutschland als internationale, der Kontrolle des Völkerbundes unterliegende Verpflichtung anerkannt worden ist.

Diese Beschwerde werde sich insbesondere auf die Artikel 67, 68, 75, 77 und 65 dieses Abkommens stützen und auf Grund des Art. 147 überreicht werden.

Dieser, für das Schicksal des jüdischen Volkes, nicht nur in Deutschland, bezugsweise in Oberschlesien, entscheidende Schritt müsse eine Petitions-Bewegung des jüdischen Volkes in der ganzen Welt, die durch Versammlungen und Korporationen zum Ausdruck kommen muß, unterstützt werden und die Verletzung dieses vertraglich geschützten Grundsatzes der Gleichheit und Freiheit für jeden Staatsbürger ohne Rücksicht auf seine Abstammung, aber auch die Verletzung des allgemeinen Grundsatzes des Respektes vor dem Menschen und dem Volke, vor ihrem Leben und ihrem Eigentum sowie die Vergiftung und Vergewaltigung der Seele des Kindes zum Inhalt ihrer Beschwerde und Bitte um Abhilfe und Wiedergutmachung haben soll.

Die Versammlung beschloß einhellig in diesem Sinne und beauftragte und bevollmächtigte den Vorsitzenden der Jüdischen Partei, Herrn Dr. Emil Margulies, diesen Protest und diese Petition an den Rat des Völkerbundes weiterzuleiten. Diese Petitionen werden gesammelt, weitergeleitet und überreicht.

Das neue Recht der Rechtlosigkeit

Immer weiter schreitet die Entrechtung der deutschen Juden vor; methodisch, systematisch, nach listigem Plan. In Gesetzen wird festgelegt, was noch vor drei Monaten als Gipfel der Ungesetzlichkeit galt. Der Haß wird kodifiziert, die Ausschaltung von Hunderttausenden von Menschen aus dem Rechtsleben wird legalisiert, die Entrechtung wird zum Recht erhoben, der Hungertod wird über eine ungeheure Zahl Menschen verhängt, nicht weil sie schuldig sind, sondern weil sie als Juden geboren wurden. Und wenn die Entrechtungsgesetze gemildert werden, um das Ausland ein wenig zu beruhigen, so wird sofort erklärt, daß die Praxis an Schärfe hereinbringen wird, was der Wortlaut vermissen läßt. Beamte, Advokaten, Aerzte, Künstler, Literaten, Journalisten sind zum größten Teile bereits ausgeschaltet. Nun geht es an die Universitätsprofessoren; jede Woche erscheint eine neue Proskriptionsliste. In den Schulen wird der Numerus clausus eingeführt, welcher jüdischen Kindern zum größten Teil nur noch Volks- und Bürgerschulen offen läßt, die nächste Etappe sind die großen Massen der Handelsangestellten, welche durch ein strenges Numerus-clausus-Gesetz (man spricht von 3%) auf die Straße gesetzt werden sollen.

Aus diesem Hexenkessel des Hasses und der Verfolgung flattern immer weiter von Firmen aller Branchen die nun schon bekannten Briefe herüber, wornach den Juden „kein Haar gekrümmt" worden ist, und alles was man über Judenentrechtung erzählt, „Ammenmärchen" sind. Diese beiden Phrasen kehren fast überall wieder, offenbar sind es Schablonen, bei welchen nur die detaillierte stilistische Ausgestaltung der Einzelfirma überlassen wird. Daß derartige Briefe bei diesen Zuständen der reinste Hohn sind, daß sie, wenn sie überhaupt einen psychologischen Effekt haben sollen, nur den entgegengesetzten erzielen können, als sie eigentlich sollen, müßte selbst so schlechten außenpolitischen Psychologen klar sein, als es die Deutschen sind. Die außenpolitische Isolierung Deutschlands wird immer deutlicher, die Erfolge der Rombesuche dürften nach den Berichten nicht gerade als Erfolge zu bezeichnen sein. England, Frankreich haben unzweideutig ihre Meinung kundgetan, nun hat auch die Tschechoslowakei sich der Meinung der Westmächte angeschlossen. Im inneren Deutschland schwinden die Parteien dahin, die Deutschnationalen sind nun offenbar daran, gleich- oder ausgeschaltet zu werden, was gleichbedeutend ist; das Volk erhielt am Geburtstag Hitlers „panem" (Gratis-Ausspeisung), an Wochentagen „circenses" (Judenverfolgungen in immer neuen Variationen, solange der Vorrat an Juden reicht), und am 1. Mai bezahlte Arbeitsruhe mit vielen Musikkapellen, außerdem viele Reden und Paraden. Es herrscht ein Taumel der nationalen Begeisterung. Das Volk jubelt. Die Führer dekretieren und versprechen. Die Menschen schweigen.

Verdrängung aus der Wirtschaft

Aus den Berichten aus Deutschland geht hervor, daß die wirtschaftliche Situation jüdischer Geschäftsleute sich auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens in rapidem Maße verschlechtert. In verschiedenen Orten werden Flugzettel des „Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes" verteilt, die dazu auffordern, nicht bei Juden, sondern nur bei Deutschen zu kaufen. Beamten, Angestellten und Arbeitern kommunaler Betriebe ist in vielen Orten verboten, bei Juden zu kaufen oder jüdische Professionalisten zu beschäftigen. An manchen Orten mußte von den Angestellten eine derartige Versicherung schriftlich abgegeben werden. Wieder anderwärts wird jüdischen Händlern die Ausübung ihres Gewerbes dadurch unmöglich gemacht, daß man ihnen mitteilt, „sie mögen mit Rücksicht auf die politische Lage und die sich daraus ergebenden Folgen für die öffentliche Sicherheit auf die Ausübung ihres Gewerbes freiwillig verzichten". Die in den Kölner Ausstellungshallen eröffnete Musterschau wurde unter der Devise „Kauft deutsche Waren" veranstaltet, was aber in diesem Falle nicht nur bedeuten soll, daß man im wirtschafts-politischen Interesse ausländische Importwaren durch Inlandsware ersetzt, sondern es ist mit dieser Parole, wie offen zugegeben wird, eine Ausschaltung der jüdischen Geschäfte gemeint. Die Oeffentlichkeit hat sich bisher hauptsächlich mit der Lage der Juden in den freien Berufen (Aerzte, Anwälte) beschäftigt, es muß aber betont werden, daß auch in anderen Berufen, wo eine gesetzliche Einschränkung nicht vorliegt, durch administrative Verfügungen

und durch tatsächliche Behinderungen die Juden von der Erwerbsmöglichkeit ausgeschlossen sind. In diesem Zusammenhang kann nur andeutungsweise auf die schwere Lage jüdischer Angestellter hingewiesen werden, die — zum Teil sogar fristlos — wegen ihres Judentums entlassen wurden. Es erhebt sich die Frage, was aus all diesen plötzlich depossedierten Menschen werden soll. Wenn das jetzt übliche Verfahren bestehen bleiben sollte, dann ist mit einer beispiellosen materiellen Notlage der jüdischen Bevölkerung zu rechnen, die selbst durch eine gigantische Hilfsaktion nicht zu bezwingen wäre.

*

Der gesetzliche Numerus clausus an den deutschen Hochschulen.

Berlin. Das Gesetz gegen Ueberfüllung und Ueberfremdung der Hochschulen, durch das der Numerus clausus für Nichtarier an allen deutschen Hochschulen eingeführt wird, wurde vom Reichskabinett in seiner am 25. April abgehaltenen Sitzung beschlossen. Das Gesetz lag dem Reichskabinett schon vor einer Woche vor, wurde jedoch zurückgestellt, um in einzelnen Teilen eine neue Form zu erhalten. Die endgültige Fassung des Gesetzes enthält die Festsetzung des Prozentsatzes zuzulassender jüdischer Studenten und Schüler höherer Lehranstalten mit eineinhalb Prozent, während ursprünglich die Festsetzung dieser Verhältniszahl dem Reichsinnenminister vorbehalten bleiben sollte. An jenen Lehranstalten, in denen jüdische Studenten und Schüler in einer den für das gesamte Reichsgebiet festgelegten Prozentsatz übersteigenden Zahl vorhanden sind, wird die Sperre weiterer Neuaufnahmen jüdischer Schüler verfügt.

Wieviel Schüler jede Schule und wieviel Studenten jede Fakultät neu aufnehmen darf, wird auf Grund der Bestimmungen des § 2 des neuen Gesetzes von den Landesregierungen zu Beginn jedes Schuljahres festgesetzt. § 3 des Gesetzes bestimmt, daß in denjenigen Schularten und Fakultäten, deren Besucherzahl in einem besonders starken Mißverhältnis zum Bedarf der Berufe steht, die Zahl der bereits aufgenommenen Schüler und Studenten im Laufe des Schuljahres so weit herabzusetzen ist, wie es ohne übermäßige Härten zur Herstellung eines angemessenen Verhältnisses geschehen kann. Auch bei dieser Herabsetzung der Schülerzahl ist nach § 4 ein angemessenes Verhältnis zwischen der Gesamtheit der Besucher und der Zahl der Nichtarier herzustellen. Hiebei kann eine von Anteilszahl abweichende höhere Verhältniszahl (bis 5 Prozent) zugrunde gelegt werden. Von der Beschränkung der Schülerzahl und der Einschränkung der Neuaufnahmen sind jene Reichsdeutschen nichtarischer Abstammung nicht betroffen, deren Väter im Weltkriege an der Front für das Deutsche Reich oder seine Verbündeten gekämpft haben, sowie die Abkömmlinge aus Ehen, die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes geschlossen sind, wenn ein Elternteil oder zwei Großeltern arischer Abkunft sind. Sie bleiben auch bei der Berechnung der Anteilszahl und der Verhältniszahl außer Ansatz.

*

Kinder von Ostjuden aus allen höheren Schulen in Deutschland ausgeschlossen.

Wie „B. Z. am Mittag" mitteilt, sollen künftighin im Sinne des vom Reichskabinett am 25. April beschlossenen Gesetzes gegen die Ueberfüllung und Ueberfremdung der höheren Schulen Kinder von Juden, die nach dem 1. August 1914 aus dem Osten eingewandert sind, von allen höheren Schulen und Hochschulen ausgeschlossen bleiben. Für die Aufnahme von Ausländern gelten weiter die Verpflichtungen, die Deutschland aus internationalen Staatsverträgen obliegen. Hier dürfte der Gedanke der Gegenseitigkeit allgemein richtunggebend sein.

*

6000 jüdische Aerzte vom Verbot der Kassenpraxis betroffen.

Wie die deutschen Zeitungen berichten, erstrecken sich die Aufgaben des ins Reichsarbeitsministerium berufenen Dr. Haedenkamp vom Verband der Aerzte Deutschlands nahezu ausschließlich auf die Reorganisation des Aerztewesens innerhalb der Krankenkassen und sonstigen Sozialversicherungsträger. Bei der Ueberprüfung sollen die jüdischen und kommunistischen Kassenärzte von der kassenärztlichen Tätigkeit ausgeschlossen werden. Insgesamt dürfen heute in Deutschland etwa 60.000 Aerzte amtieren, von denen 50.000 auf die Kassenpraxis entfallen. Die Gesamtzahl der jüdischen Aerzte in Deutschland beträgt etwa 7000, von denen ungefähr 6000 kassenärztlich tätig sind.

Im Londoner Stadthaus fand eine von 300 jüdischen Aerzten und Zahnärzten besuchte Versammlung statt, in der eine Vereinigung jüdischer Aerzte mit der besonderen Aufgabe geschaffen wurde, Mittel und Wege zu suchen, um das Los ihrer jüdischen Kollegen in Deutschland zu erleichtern. Den Vorsitz führte Dr. M. Eder, der ehemalige Präsident der English Zionist Federation.

*

Zwei Juden in Wiesbaden totgeschlagen.

Zwei Ueberfälle wurden auf jüdische Einwohner in Wiesbaden verübt. Nach dem amtlichen Polizeibericht wurde der 59jährige Milchhändler Kassel tot in seiner Wohnung aufgefunden. Die Leiche wies eine größere Zahl Revolverschüsse auf. Nach amtlicher Feststellung sind mehrere Personen durch Einschlagen der Türfüllung in die Wohnung eingedrungen und haben den nach dem Fenster flüchtenden Mann niedergeschossen. Daß ein Raub beabsichtigt war, haben die polizeilichen Feststellungen nicht ergeben.

Zwei Stunden vorher waren an der Wohnungstür des 58jährigen Kaufmanns Salomon Rosenstrauch zwei junge Leute erschienen und hatten nach Rosenstrauch gefragt. Als er erschien, hielten die Unbekannten ihm einen Revolver entgegen. Rosenstrauch flüchtete ins Zimmer und fiel vor Aufregung nieder. Die Burschen entfernten sich eiligst. Die alarmierte Polizei brachte Rosenstrauch ins Krankenhaus. Auf dem Transport dorthin ist er einem Herzschlag erlegen. Die Täter sind bis jetzt noch nicht ermittelt.

*

Die Sichtung der wiederzuzulassenden jüdischen Rechtsanwälte wird „jahrelang dauern".

Im bayerischen Justizministerium in München fanden Besprechungen zwischen dem bayerischen Justizminister Dr. Frank und dem preußischen Justizminister Kerrl statt, die sich vor allem auch auf die Frage einer einheitlichen Anwendung des Gesetzes über die Zulassung jüdischer Rechtsanwälte und die Verwendung jüdischer Staatsanwälte und Richter in den beiden größten deutschen Ländern bezogen. In einer großen Kundgebung nationalsozialistischer Juristen im Zirkus Krone in München erklärte der preußische Justizminister Kerrl, es sei nicht seine Aufgabe, sich den Kopf über das Schicksal der Juden zu zerbrechen, die durch das neue Gesetz um ihre bisherige Tätigkeit kämen, nach allen Verfolgungen und der Ausnahmebehandlung, die die nationalsozialistische Bewegung erfahren habe. Die Prüfung, wer nach dem Reichsgesetz von den jüdischen Anwälten künftig noch zugelassen werden könne, werde so gründlich vorgenommen, daß sie jahrelang dauern dürfe. Der bayerische Justizminister Dr. Frank betonte ebenfalls, es liege nicht in der Absicht des Reichsgesetzes, das große Ziel der Beseitigung der Juden aus der deutschen Rechtspflege zu beeinträchtigen. Wir lassen uns nichts, so rief Frank aus, von unserem Programm abwinseln. Wir haben vor der Geschichte ein Recht zur Härte.

Die Mißhandlungen des Rabbiners Fränkel in Berlin

Das Wolff-Bureau dementiert — die Beweise sind in Prag

Am Dienstag traf in Prag der chassidische Großrabbiner Fränkel aus Berlin ein. Schon vor längerer Zeit war zu uns das Gerücht gedrungen, daß bei den Ausschreitungen im Berliner Judenviertel auch Rabbiner Fränkel schwer verletzt worden ist. Diese Gerüchte wurden seinerzeit von deutscher Seite als „unwahre Greuelnachrichten" dementiert. Nun ist Rabbiner Fränkel jedoch in Prag und wir hatten Gelegenheit, Authentisches über jenen Ueberfall zu erfahren.

Fränkel wurde am 7. März in seiner Wohnung in der Dragonerstraße von SA.-Männern und Hilfspolizisten überfallen, wobei ihm so schwere Kopfverletzungen beigebracht wurden, daß er jetzt in Prag das Bett hüten muß und unter Gleichgewichtsstörungen leidet. Die SA.-Männer raubten dem Rabbiner, nachdem sie ihn zu Boden gestreckt hatten, 2000 Mark und bedrohten seine Tochter mit Revolvern. Fränkel erlitt eine Gehirnerschütterung und er wurde, wie andere Juden in der Grenadier- und Dragonerstraße, noch in den nächsten Tagen von Nationalsozialisten verfolgt. Während der Judenrazzia im nördlichen Berlin wurde eine Hausdurchsuchung bei Fränkel angeordnet, die sich auch auf seine Gebetutensilien in seiner Privatsynagoge erstreckte. Da sich der Zustand des verletzten Rabbiners verschlimmerte und

SA.-Männer von ihm verlangten, zu erklären, daß nicht Nationalsozialisten, sondern Juden ihn überfallen haben,

beschloß er mit seiner Tochter in die Tschechoslowakei zu fliehen. Da das Viertel von Nationalsozialisten bewacht wurde, gelang es nur so, daß der kranke Rabbiner in einen Teppich gewickelt und in ein anderes Stadtviertel getragen wurde. Von dort wurde er getarnt zur Bahn gebracht. Unter Mitnahme einer Thora und einiger Folianten kam er über die Grenze. Großrabbiner Fränkel ist 70 Jahre alt und gehört zu den angesehensten orthodoxen Rabbinern.

Diese Darstellung erschien in der ersten Ausgabe des „Prager Tagblatt" vom 26. d. M., die um 10 Uhr abends erscheint. Bereits zwei Stunden später meldete das halbamtliche Wolffbüro aus Berlin u. a.:

„Es habe an zuständiger jüdischer Stelle in Berlin festgestellt, daß es in Berlin keinen Großrabbiner gebe. Ein Rabbiner oder ein anderer jüdischer Geistlicher namens Fränkel oder ähnlichen Namens sei nirgends vorhanden. Es handle sich wieder einmal um eine der üblichen Greuelmeldungen aus Prag, deren Quellen im allgemeinen deutsche marxistische Kreise sind."

Charakteristisch für die Qualität der Nachrichten des Wolff-Büros ist auch die falsche Wiedergabe des Berichtes des „Prager Tagblatt". Wir stellen dazu fest:

Fränkel war als Rabbiner in Berlin gemeldet und wohnte Dragonerstraße 37 bei Otto Biechenbacher. Die Bewilligung, in diesem Hause Gottesdienste abzuhalten, hat Fränkel erhalten. Fränkel verfügt über eine Bestätigung der Berliner städtischen Rettungsgesellschaft, Rettungsstelle 3, Lothringerstraße 43, wo bescheinigt wird, daß eine Intervention der Gesellschaft am 7. März abends in seiner Wohnung erfolgt ist und daß die Rettungsgesellschaft gegen ihn einen Anspruch von 6 Mark für ärztliche Hilfe hat. In der Wohnung Fränkels hat sich auch der Berliner polnische Vizekonsul knapp nach dem Ueberfall eingefunden. Fränkel hat uns seinen Wohnungsvertrag vorgelegt, die Bestätigung der Rettungsgesellschaft sowie die oben angegebenen Dokumente. Fränkel hat durch seine Tochter alle in unserem Bericht angeführten Momente dem Kriminalkommissär Opolka im Polizeipräsidium Berlin, Zimmer 28, am 9. März zu Protokoll gegeben.

Wir haben sämtliche Dokumente gesehen und uns von den Verletzungen Rabbiner Fränkels überzeugt. In Deutschland mag man an die „Widerlegung einer tollen Greuelmeldung" — unter diesem Titel brachte die Berliner „D. A. Z." das Wolff-Dementi — glauben. Wir aber haben einen Beweis mehr davon erhalten, wie man die aus Deutschland stammenden Beteuerungen, daß unter dem neuen Regime „keinem Juden ein Haar gekrümmt worden ist", zu bewerten hat.

*

„Ausgespielt."

Unter der Ueberschrift „Die Abrechnung mit dem Judentum" veröffentlicht der Oberpräsident der Provinz Brandenburg Wilhelm Kube, der zugleich der Führer der nationalsozialistischen Landtagsfraktion ist, einen Artikel, in dem es u. a. heißt: Die nationalsozialistische Revolution sei notwendig gewesen, um das Volk vor dem Untergang zu bewahren. Der Jude möge sich wieder daran gewöhnen, bescheiden und unbeachtet im Rahmen deutscher Gesetze seinem Gewerbe nachzugehen. Er danke es nur der staatsklugen Leitung Hitlers und der Disziplin, wenn ihm im großen und ganzen nichts passiert sei. Aber es solle keine falsche Objektivität zum Schaden des Volkes vorwalten. Das Judentum habe in Deutschland für Jahrhunderte ausgespielt.

*

„Schwarze Listen" für die Berliner Volksbüchereien.

Den Berliner Bezirksbüchereien sind „Schwarze Listen" der auszuscheidenden Werke zugegangen. Von Werken der schönen Literatur werden u. a. die Bücher folgender Autoren entfernt: Schalom Asch, Max Brod (ausgenommen „Tycho Brahe"), Ilja Ehrenburg, Albert Ehrenstein, Feuchtwanger, Schnitzler, Beer Hofmann, Arnold und Stefan Zweig.

Vorbereitungen zum 18. Zionisten-Kongreß

London, April 1933. Das Zionistische Zentralbureau meldet: Im Zusammenhang mit den Vorbereitungen zum 18. Zionistenkongreß hat die Exekutive Herrn Dr. Franz Kahn zum Leiter des Kongreßbureaus und Herrn Doktor Fritz Ullmann zum stellvertretenden Leiter und Sekretär des Kongreßbureaus ernannt.

5500 Palästina-Zertifikate für das kommende Halbjahr?

Jerusalem. Wie die JTA. erfährt, hat die Palästinaregierung an Stelle der von der Jewish Agency angeforderten 1..50 Einwanderungszertifikate für das kommende Halbjahr vorläufig nur 550 Zertifikate bewilligt. In diese Zahl sind auch die für deutsche Juden ausgegebenen 1000 Zertifikate bereits miteingerechnet. In den Kreisen der Jewish Agency werden alle Anstrengungen gemacht, um die Palästinaregierung zur Bewilligung weiterer Zertifikate zu bewegen.

Die Jüdische Partei bei Minister Beneš

Der Vorsitzende der Jüdischen Partei Doktor Emil Margulies, und der Abgeordnete Dr. Angelo Goldstein wurden am Montag, dem 24. d. M., von dem Außenminister Dr. Beneš empfangen und haben mit ihm aktuelle Fragen der Politik, insbesondere solche, die sich im Zusammenhange mit dem Vorgehen gegen die Juden in Deutschland ergeben, besprochen.

KURZBERICHTE

Nach mehrwöchigem Aufenthalt in Palästina ist Dr. Weizmann am 19. d. M. nach London abgereist.

In Nahalal fand die Grundsteinlegung zu einem zweiten Gebäude für die dortige jüdische Mädchenfarm der Wizo statt.

Das Gesetz über die Einführung des Numerus clausus an den deutschen Hochschulen wurde in der letzten Sitzung des Reichskabinetts zwecks nochmaliger Ueberarbeitung zurückgesetzt.

Das Lodzer Kreisgericht hat bisher insgesamt 52 Personen wegen Teilnahme an den in letzter Zeit gegen Juden verübten Ausschreitungen zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Die ausländischen jüdischen Stundenten der Universität Bologna wurden von Mussolini empfangen, der sich mit ihnen über studentische und allgemein jüdische Fragen unterhielt.

Die preußischen Freimaurer-Großlogen haben den Arierparagraphen angenommen und davon Dr. Goebbels in Kenntnis gesetzt.

Das jüdische litauische Städtchen Ligum ist einer Feuersbrunst zum Opfer gefallen. Zwei Drittel des Ortes wurden zerstört, 500 Häuser sind abgebrannt und viele hundert jüdischer Familien dadurch obdachlos geworden.

Professor Einstein hat jede Besoldung für seine Tätigkeit an der Madrider Universität abgelegt und nur den Ersatz seiner Auslagen angenommen.

Anläßlich seines Besuches in Palästina erklärte Lord Allenby, er werde sich bei den maßgebenden Stellen nachdrücklich für die Forderung der jüdischen Legionäre, Grundstücke aus den Bodenreserven der Palästinaregierung zugeteilt zu bekommen, einsetzen.

Der englische Kolonienminister Cunliffe-Lister hat auf der Fahrt durch Palästina auch die jüdischen Siedlungen in Galiläa besucht. Bei einem ihm zu Ehren in Rosch-Pinah stattgefundenen Empfang, an dem viele Araber der Umgebung teilnahmen, erklärte einer der Scheichs, die arabische Bevölkerung wünsche die Zusammenarbeit mit den Juden, von denen sie sehr viel, insbesondere auf dem Gebiete der Landwirtschaft, gelernt haben.

Man darf sich nicht daran gewöhnen!

(Fortsetzung des Leitartikels.)

wirtschaftlichen Kollektivierungen desolat genug sind. Schon aus jüdischen Motiven, überdies auch in der allgemein menschlichen Hoffnung, daß der Terrorkommunismus vielleicht einen Uebergang zu einer besseren Staatenform bilden kann, sind wir daran interessiert, daß Rußland sich hält. Fiele die Sowjetherrschaft, so wäre die Erde nicht groß genug, um die von dort flüchtenden Juden zu fassen, und keine Phantasie könnte sich den Blutschrecken ausmalen, der dort ausbräche. Stalins Gleichgültigkeit gegenüber Europa sollte aber doch seinen jüdischen Bewunderern einen Dämpfer aufsetzen. Muß doch auch die „Weltbühne" konstatieren, es bleibe „unsagbar beschämend, daß die verwandtschaftliche Kohäsion jüdischer Fabrikanten solidarischer wirkte als die Klassenverbundenheit. Und wenn man noch so bereit ist, die Schwierigkeiten der Sowjetunion zu respektieren — was soll aus dem Klassenbewußtsein der heranwachsenden Arbeitergeneration werden, wenn grade Moskau sie in Staatsmännerei erziehen, ihr vorrechnen will, daß die dreieinhalb Prozent Preisdifferenz die Aufrechterhaltung sowjetrussischer Wirtschaftsbeziehungen mit Hitler rechtfertigen? Diese dreieinhalb Prozent, auf die der jüdische Fabrikant in Böhmen verzichtet und der Arbeiterstaat nicht?

Deshalb, weil er sich nicht in sozialistischer Solidarität geborgen fühlen darf, könnte der ernsthafte junge Jude auf den Gedanken kommen, von neuem in eine Traumwelt nationaler Solidarität zu flüchten. Er weiß noch nicht, daß die Fabrikantensolidarität kurzen Atem hat, am Ende eben doch von den erbarmungslosen Gesetzen einer Wirtschaftsordnung erstickt wird, die der Preis beherrscht. Er sieht die Geste; und die ist leider kraftvoller als die Aktionsbereitschaft einer Klasse, der Solidarität naturnäher wäre."

Unsagbar beschämend, daß gerade die „Weltbühne" den jüdischen Abwehrkampf gegen Hitler, in dem ohne Verabredung, auf einen Schlag alle Juden ohne Unterschied der Klasse sich verbanden, als „Fabrikantensolidarität" zu kennzeichnen und sein baldiges Ende zu prophezeien sich vermißt. Wie unsachlich, wie instinktlos, wie unwahr! Aber wer seit Jahren verfolgt hat, was auf dieser Seite geschehen ist, den wird nichts mehr überraschen. Auch die offenkundigen Falschmeldungen nicht, von der Stefans Artikel ausgeht,: daß die sozialistische Jugend seit zehn Jahren Palästina verlasse (in Wahrheit bringt jeder Monat eine Steigerung der Arbeiterschaftszahl in diesem einzigen „Land ohne Arbeitslose"), daß im März in Berlin 1000 Visa für Palästinafahrer gegeben wurden, die alle über 1000 Pfund pro Kopf besaßen (in Wahrheit sind diese 1000 Visa sämtliche für mittellose Einwanderer bestimmt). — Es melden sich in letzter Zeit immer mehr Vortragende, die mit ihren Privatrezepten weniger den Juden aus ihrer Not helfen als die Konjunktur wittern. Es mehren sich auch die geistvoll dissidenten Artikelschreiber. Für alle diese Eitelkeiten und literatenhaften Egoismus ist aber jetzt nicht die Zeit, sondern einzig für Solidarität in der Abwehr und im Aufbau. Der Weg ist vorgezeichnet: Palästinaaufbau als Festigung unseres zentralen Stützpunktes, Organisierung der Weltjudenheit, Festigung der Bundesgenossenschaft mit den wahrhaft zivilisierten und fortschrittlichen Führern aller Nationen, Anrufung internationaler Instanzen zur Rettung von Leben und Vermögen der Juden Deutschlands, wobei an Einführung des Minoritätsschutzes in Deutschland und an Massenauswanderung unter Protektorat des Völkerbundes zu denken wäre. Dies ist wahrlich realer Boden der Tatsachen und keine „Traumwelt nationaler Solidarität", von der die hoffnungslos unbelehrbaren Redakteure der „Weltbühne" Fabelmärchen verbreiten möchten, um die laut schreienden Tatsachen durch Phrasen zu übertönen.

Hy.

Rede des Abg. Dr. Goldstein im Parlament

über die Ereignisse in Deutschland

Vorschlag einer Völkerbundanleihe für die Opfer der Enteignung und die Flüchtlinge
Anrufung der Weltwirtschaftskonferenz

Im nachstehenden bringen wir die wörtliche Wiedergabe der Rede, die Abg. Dr. Angelo Goldstein am 27. April im Abgeordnetenhaus in der Debatte über das Exposé des Ministers des Aeußern Dr. Beneš gehalten hat. Die Rede wurde unter großer Aufmerksamkeit des Hauses und in Anwesenheit des Ministers Dr. Beneš, der die Darlegungen Doktor Goldsteins mit sichtlichem Interesse verfolgte, gehalten. Sie fand den einmütigen Beifall aller anwesenden Abgeordneten.

Hohes Haus!

Als Vertreter der jüdischen Minderheit der Tschechoslowakischen Republik ergreife ich in dieser Debatte das Wort, um im Namen dieser Minderheit zu dem vom Minister des Aeußern vorgetragenen Exposé Stellung zu nehmen und in diesem Zusammenhange auch der letzten Ereignisse in Deutschland Erwähnung zu tun, soweit diese sich auf die Juden beziehen.

Mit Dank nehme ich die Erklärung des Herrn Ministers zur Kenntnis, daß die Tschechoslowakische Republik wie bisher auch in Zukunft den Minderheitenschutz nicht nur als den Ausdruck rechtsverbindlicher Normen betrachten wird, sondern daß sie diesen Schutz vom Standpunkte seiner moralischen und ethischen Bedeutung anerkennt, und in Uebereinstimmung mit diesem Standpunkt und insbesondere mit Rücksicht auf die letzten Ereignisse in Deutschland die Tschechoslowakische Republik die Forderung stellt, daß der Minderheitenschutz erweitert werde überall dort, wo er bisher noch nicht normiert ist und wo die politischen Ereignisse klar den Mangel solcher Rechtsnormen dargetan haben.

Die englische Unterhaus-Debatte

In seinem Exposee hat der Herr Außenminister einige Male der Rede des Sir Austen Chamberlain positiv und zustimmend Erwähnung getan, und ich halte es daher für angezeigt, über die Debatte, in welcher diese Rede am 13. April 1933 im englischen Unterhaus gehalten wurde, hier näheres zu sagen. Sir Austen Chamberlain, ein Führer der konservativen Partei, hat im Unterhaus erklärt, daß mit Rücksicht darauf, was in Deutschland in der letzten Zeit geschehen sei, er es für inoppertun halte, daß jetzt über eine Revision der Friedensverträge verhandelt werde. Ferner erwähnte er, daß der neue Geist, der in Deutschland entstanden sei, nichts anderes bedeute als die Rückkehr zum alten preußischen Imperialismus mit seinem ganzen Rassenhochmut und mit der Ausschließung aller derjenigen, die nicht nordischen Blutes sind, aus den bürgerlichen Rechten. Deutschland sei erfüllt von engherzigem, exklusivem und aggressivem Geist, für den es ein Verbrechen ist, wenn jemand ein Freund des Friedens oder wenn er Jude ist. In der Debatte bezeugten Redner aller Parteien ihren Abscheu dem Regime des Rassenhasses gegenüber, das heute in Deutschland herrscht. Die größte Bedeutung aber erhielt die Debatte durch das offizielle Schlußwort des englischen Außenministers Sir John Simon, der wörtlich folgendes sagte:

Die Debatte war aus dem Grunde von Bedeutung, weil in ihr das allgemeine, man kann sagen das universelle Gefühl zum Ausdruck kam, das in England darüber herrscht, wie in Deutschland die Juden und andere Minderheiten behandelt werden. Als Vertreter der Regierung gebe er die Erklärung ab, daß es ein schwerer Irrtum wäre, zu glauben, daß diese Gefühle sich nur auf die jüdische Gemeinschaft beschränken und sie von dieser angeregt worden seien. Im Gegenteil, die Debatte war ein spontaner und unausweichlicher Ausdruck des Gefühls aller derjenigen, die Anhänger des Prinzips der Rassentoleranz sind. Sie war demnach keine bloß jüdische Meinungsäußerung oder nur eine solche von englischen Parteien oder Gruppen, sondern das, was er

als die öffentliche angloaächsische Anschauung

bezeichnen würde. Diese Erklärung gab Sir John Simon unter ausdrücklicher Hervorhebung ab, daß er sich seiner Verantwortung als Minister des Aeußeren bewußt sei.

Die Stimme der übrigen Welt

Aehnlich haben sich in Frankreich führende Staatsmänner aller Parteien, wie Painlevé, Tardieu und Herriot, ausgesprochen. Auch in Amerika hat der Staatssekretär des Aeußeren, Hull, die Erklärung abgegeben, daß er die Situation in Deutschland sorgfältig überwachen werde. Man kann also hier einen der seltenen Fälle konstatieren, in denen die ganze gesittete Welt einig ist in der Verurteilung des Hitler-Regimes, das in seiner Unduldsamkeit eine Gefahr für den Weltfrieden darstellt. Deutschland hat gehofft, daß es diese einheitliche Ansicht der ganzen gesitteten Welt zum Schweigen bringen werde, und aus diesem Grunde hat es bei der englischen Regierung einen Protest gegen die Debatte und gegen die Erklärungen des Außenministers eingelegt. Mit diesem Protest hat sich Deutschland nicht genützt. Es ist selbstverständlich, daß der Protest keinen Erfolg hatte und haben konnte, weil die englische Demokratie es versteht, die Freiheit seiner Parlamentsbühne zu wahren. Vergeblich stellt Deutschland die Behauptung auf, daß es sich um innerpolitische Angelegenheiten handelt, in welche niemand von außen eingreifen darf. Diese Ansicht ist falsch. Die Ereignisse in Deutschland sind von solcher Art, daß sie die Zivilisation und die kulturellen Errungenschaften der letzten Jahrhunderte berühren, an denen die gesamte Welt, alle Völker und Staaten, ein Interesse haben.

Keine Einmischung in deutsche Verhältnisse

Wenn jemand ein Vorwurf gemacht werden kann, daß er sich in die inneren Verhältnisse von fremden Staatsangehörigen hineingemischt habe, dann ist es Deutschland, und zwar aus nachstehenden Gründen: Sofort, nachdem die Nachrichten in die Weltöffentlichkeit gedrungen waren, was unter dem neuen Regime in Deutschland den sogenannten „marxistischen" Parteien und den Juden geschieht, begannen die offiziellen deutschen Kreise die festgestellten Tatsachen abzuleugnen und behaupteten, daß gegen das neue Regime „Greuelnachrichten" verbreitet würden, damit dieses Regime diffamiert werde, und sie behaupteten weiter, daß gegen Deutschland ein allgemeiner Boykott organisiert werde. Gleichzeitig stießen diese Kreise Drohungen gegen die Staatsbürger fremder Länder aus, die ihrer Jurisdiktion nicht unterstehen und die diese angeblich unwahren Nachrichten verbreiten, des Inhalts, daß sie an ihnen dadurch Rache nehmen werden, daß sie alle Marxisten und die 600.000 deutschen Juden als Geiseln betrachten werden, gegen welche sie den Boykott proklamieren. Dies haben sie auch am 1. April 1933 offiziell getan. Daran ändert nichts die Tatsache, daß sie gezwungen waren, den Boykott noch an demselben Tage abzubrechen.

Auf diese Weise sollte die öffentliche Meinung der Welt beeinflußt werden, daß alle diejenigen, die einen öffentlichen Protest zum Ausdruck bringen konnten und wollten, unter dem oben angeführten Zwange dazu gebracht werden, von diesen Protesten Abstand zu nehmen, damit alles das, was in Deutschland geschehe, unter allgemeinem Schweigen und unter Mundtotmachung der Weltmeinung vor sich gehe. Ich möchte das Beginnen der deutschen Machthaber in dieser Beziehung vergleichen mit dem von Alois Jirásek geschilderten Prozeß der „Psohlavci", deren Führer Kozinna hingerichtet wurde, während dem ganzen Bauernvolk die Strafe des „ewigen Schweigens" auferlegt wurde.

Es ist eine seltsame oder eine gespielte Naivität, wenn die Hitlerregierung die Sache so darstellt, als hätte es einer besonderen Greuelpropaganda bedurft, um das Ausland, also die ganze Welt gegen das Unrecht, das in Deutschland geschieht, in Aufregung zu bringen. Sprechen die Männer der deutschen Regierung ihre haßerfüllten Reden nicht ins Radio? Veröffentlichen nicht täglich die Zeitungen ganz offiziell Gesetze und Verordnungen, die dazu bestimmt sind, Juden nur um ihrer Rasse willen, aus keinem anderen Grunde, zu entrechten? So spricht heute das offizielle Deutschland — es darf sich nicht wundern, daß die zivilierte Welt darauf eine Antwort erteilt, die der Menschenwürde und menschlichen Solidarität entspricht, wie man sie heute überall, außer in Deutschland, als Grundgesetz des Lebens ansieht.

Die antijüdischen Maßnahmen in Deutschland

Ich brauche mich demnach nicht mit den einzelnen Verbrechen zu befassen, die straflos begangen wurden und die unzweifelhaft feststehen. Ich begnüge mich, auf das Programm der deutschen nationalsozialistischen Partei hinzuweisen, wie es ihr Führer Hitler und ihre Theoretiker aufgestellt haben. In Uebereinstimmung mit diesem längst vorher festgesetzten und publizierten Programm wurde die Kampagne gegen alle fortschrittlichen Elemente und gegen die Juden begonnen. Es wird konsequent durchgeführt in Gesetzen, Verordnungen, administrativen Akten und im wirtschaftlichen Leben, und es wendet sich insbesondere gegen die Gruppen der jüdischen Angestellten, gegen die Angehörigen freier Berufe, vor allem der Advokaten und Aerzte, und gegen Beamte öffentlicher Unternehmungen. Tausende, ja hunderttausende jüdischer Existenzen werden bewußt nach einem vorher erwogenen Plan unbarmherzig und mit eiserner Berechnung vernichtet. Die Behauptung ist lächerlich, daß alles dies angeblich als Abwehr gegen die sogenannten Greuelnachrichten geschehe.

Die Deutschen beschweren sich darüber, daß die ganze fortschrittliche Welt und die Juden mit ihr einen Boykott gegen die deutschen Waren organisiert hätte. In Wirklichkeit verhält sich die Sache folgendermaßen: Spontan, ohne jedwede Proklamation und Organisation, jedoch in der ganzen Welt und in allen Ländern, haben alle diejenigen, die sich in ihrer Menschenwürde getroffen gefühlt haben, allein und ohne Aufforderung auf die deutschen Ereignisse in der Weise reagiert, daß sie deutsche Waren nicht mehr kaufen. Da wir diesen Boykott also nicht organisiert haben, sind wir auch nicht imstande, ihn zu widerrufen, trotz aller Drohungen gegen uns. Die Herren der Situation in dieser Frage sind die Machthaber Deutschlands. Je nachdem, wie sie in Zukunft den unterdrückten Gruppen in Deutschland begegnen werden, so wird auch die fortschrittliche Welt und mit dieser die Juden sich in der Frage des Ankaufs deutscher Waren verhalten.

Die Lehre von der Minderwertigkeit der fremden Rassen

Welche Ideologie bildet die Grundlage alles dessen, was jetzt in Deutschland geschieht? Es ist die Idee der Minderwertigkeit jeder fremden Rasse und eines jeden, der anderer Gesinnung ist. Diese Idee ist das erstemal in der neuen deutschen Gesetzgebung zum Ausdruck gelangt. Und so ist es erklärlich, daß Europa versteht, daß eine solche Einstellung die Grundlagen und die Organisation der Gesellschaft und der Rechtsordnung berührt und daß die Gefahr besteht, daß die Menschheit in eine Periode immer neuer Kriege gejagt wird, wenn der Nationalismus auf der These aufgebaut wird, daß ein Volk oder eine Gruppe von Menschen über der anderen steht. Daraus würde ein Chaos entstehen, der „bellum omnium contra omnes", und wir stünden beim Untergang der abendländischen Kultur. Die Behauptung von der Minderwertigkeit würde nicht stehen bleiben bei dem Begriffe „Jude", sondern notwendigerweise würde sie erweitert werden auf alles, was anders und fremd ist. Sie würde sich gegen alle Minderheiten wenden, also auch, wie es schon tatsächlich geschieht, gegen die Lausitzer Serben, durch Unterdrückung ihrer Presse und des Lausitzer Sokol, und wie sie sich auch gegen alle Fremden äußert, Tschechen, Polen, Franzosen usw. Dieses Gift würde folgerichtig über die Grenzen des „Dritten Reiches" fließen und würde auch dort gegen alle Minderheiten wirken, ob sie national oder religiös sind, ja selbst gegen Minderheiten des gleichen Blutes, wenn sie nur eine andere Weltanschauung vertreten. Dieses gefährliche Spiel bringt notwendigerweise die Zersetzung mit sich, und deshalb sind wir Juden der Ueberzeugung, daß es sich in dieser Hinsicht nicht nur um die Judenfrage handelt, sondern um die Frage der Menschheit.

Alle Menschen guten Willens, alle ideal Gesinnten und alle Anhänger der nationalen Idee müssen den Standpunkt von der Gleichwertigkeit aller Rassen und Völker vertreten, sie müssen das menschliche Leben und die Freiheit des Gedankens achten. Die Liebe zum eigenen Volk darf sich nicht äußern in Haß und Verachtung den anderen Völkern gegenüber. Nur auf diese Weise wird es möglich sein, daß wir als Menschen zusammen leben. Dies sind die Grundsätze, auf denen die Humanität und die Demokratie aufgebaut sind, die absolut nicht im Gegensatz zu den hohen Idealen des nationalen Gedankens stehen. Als Vertreter jener Minderheit, die ihr Schicksal als Minderheit 2000 Jahre trägt, erkläre ich, daß wir Juden alle, ohne Unterschied der Parteien, Vorkämpfer des Prinzips der Demokratie waren und sein werden. Deshalb wird man uns überall dort finden, wo wir mitwirken können an der Festigung der demokratischen Ordnungen, und wir werden unter jenen zu finden sein, die sich gegen die antidemokratischen Prinzipien des Terrors und des Hasses wehren werden, mag dieser Ansturm von rechts oder von links kommen. Ich zweifle nicht daran, daß diese meine Worte bei der Majorität dieses Parlaments Verständnis finden werden, denn ich spreche hier vor den Vertretern eines Volkes, das durch 300 Jahre das Schicksal einer Minderheit getragen hat.

Die Juden in der Č. S. R.

Im Laufe unserer Diaspora haben wir Juden unsere nationale Sprache verloren, wenn wir auch mit Freude konstatieren können, daß im Zeitalter der Wiederaufrichtung unserer alten Heimat Palästina auch die neuhebräische Sprache wieder belebt wurde. Hier in dieser Republik aber haben wir keine eigene Sprache. Deshalb haben wir keine Sprachenrechte verlangt und verlangen sie nicht, bis auf die geringen Schulforderungen, die sich auf den östlichen Teil der Republik beziehen. Die früheren Generationen unterlagen durch die historische Entwicklung in sprachlicher Beziehung einer Germanisierung, die einen inneren und einen äußeren Grund hatte. Der innere Grund trat in der deutschen Assimilation zutage, als Moses Mendelssohn die Uebersetzung der Bibel ins Deutsche gegen die hebräische Thora eintauschte. Seit jener Zeit wurde die jüdische Literatur zum überwiegenden Teil in deutscher Sprache verfaßt. Es ist eine Unterlassung der Generationen, die vor uns gelebt haben, daß unsere nationale Literatur nicht auch in tschechischer Sprache erschienen ist, und in dieser Beziehung wird es notwendig sein, Abhilfe zu schaffen. — Der äußere Grund für die Germanisierung des Judentums in den tschechischen Ländern ist im Zeitalter des Josefinismus zu suchen, in dem nämlich Josef II. durch das Toleranzpatent den Juden die Freiheit und das Recht auf Schulen gab, dieses Recht jedoch an die Bedingung knüpfte, daß dieses Schulwesen deutsch sein müsse. Aus diesen zwei Gründen haben die Juden in den österreichischen Ländern sprachlich und kulturell zu einem überwiegenden Teile den Deutschtum angehangen, wofür sie nur Undank ernteten, dessen Kulminationspunkt das Jahr 1933 darstellt. Für die Juden in den tschechischen Gegenden war teilweise schon vor dem Kriege und hauptsächlich zum Zeitpunkte des Umsturzes im Jahre 1918 die Zeit für eine neue sprachliche und kulturelle Orientierung gekommen, und es liegt in dieser Richtung kein Grund vor, diese Entwicklung nicht zu fördern und damit jenen idealen Zustand herbeizuführen, daß die Juden in den tschechischen Gegenden die tschechische Sprache gebrauchen und in ihr den Schlüssel finden, der ihnen die kulturellen Werte des tschechischen Volkes öffnet. Diesem Bestreben steht vom jüdischen Standpunkte nichts im Wege. Ich selbst bin aus tschechischen Schulen und dem tschechischen kulturellen Milieu gekommen, ohne daß dies zum Schaden für meine jüdische Ueberzeugung und für meine Liebe zum jüdischen Volke gewesen wäre. Im Gegenteil, es ist möglich und wünschenswert, daß ich mit dem Verständnis und mit der Liebe zur tschechischen Umwelt die Treue und die Liebe meinem eigenen jüdischen Volke gegenüber verbinde. Und es wird sich kein ehrlicher Tscheche finden, der mir diesen Standpunkt zum Vorwurf machen könnte.

Als Minorität haben wir ein Interesse daran, daß die Kultur und der Fortschritt in diesem Staate sich entfalte, denn nur dort, wo Kultur herrscht, können erträgliche Verhältnisse für jede loyale Minderheit bestehen. Der Bestand der Kultur aber ist abhängig von dem Ausgleich und der Festigung der wirtschaftlichen Verhältnisse. In dieser Hinsicht sehen wir im Bereiche der Wirtschaft eine große Zerfahrenheit angesichts der Weltwirtschaftskrise, wenn auch in unserer Republik die Verhältnisse viel konsolidierter sind als in den Nachbarländern. Zum Zwecke der Festigung unserer Wirtschaftsverhältnisse haben wir für das Gesetz über die Arbeitsanleihe gestimmt, und ich zweifle nicht daran, daß die Juden in der Tschechoslowakischen Republik ohne Unterschied der Parteirichtung ihrer Pflicht Genüge getan haben, in der richtigen Erwägung, daß sie hierdurch nicht nur ihrer staatsbürgerlichen

Verpflichtung nachkommen, sondern in Erkenntnis ihres ureigensten Interesses.

Die Expropriation der deutschen Juden

Diesen Verhältnissen bei uns stelle ich die Verhältnisse in Deutschland als Gegensatz gegenüber, und zwar vom wirtschaftlichen Standpunkt aus, während ich mich eingangs mit ihnen vom politischen Standpunkte beschäftigt habe. Vom wirtschaftlichen Standpunkte gesehen, glaube ich, daß die Entwicklung in Deutschland mir noch gefährlicher erscheint als vom politischen. Durch die Entrechtung der fortschrittlichen Elemente und der jüdischen Aerzte, Rechtsanwälte, Beamten und Angestellten und ihre Hinausdrängung aus öffentlichen und privaten Diensten entsteht ein neues Reservoir von pauperisierten und proletarisierten Massen, die nach Hunderttausenden zählen.

Was jetzt in Deutschland vorgeht, ist nichts anderes als eine Expropriation von Menschen wegen ihrer politischen Gesinnung oder aus Gründen ihrer Abstammung und Zugehörigkeit zu einer bestimmten Rasse. Diese Expropriation erfolgt ohne Entschädigung und trifft bestimmte Gesellschaftsklassen in einer Weise, daß die Expropriation im bolschewistischen Rußland noch übertroffen wird. Im Gegensatz zum bolschewistischen Rußland, wo ein Aufsteigen aus der kapitalistischen Schicht in die privilegierte Klasse der Arbeiter und Bauern nach Ablauf einer bestimmten Zeit möglich ist, soll die Proletarisierung der in Deutschland betroffenen Kreise einen „charakter indelebilis" tragen, der aus diesen Menschen Parias für die Ewigkeit macht. Es ist symptomatisch, daß diese Proletarisierung die armen jüdischen Intellektuellen, jungen Advokaten, Aerzte, Lehrer und kleinen Angestellten trifft. Wohin diese Entwicklung führen wird, kann niemand im voraus sagen.

Hilfe durch Völkerbund und Weltwirtschaftskonferenz

Aus allen diesen Gründen muß die gesamte Welt mit größter Besorgnis auf die Radikalisierung der ökonomischen Entwicklung in Deutschland blicken. Was soll mit den Hunderttausenden dieser Menschen geschehen, zu denen weitere hunderttausende Ausländer hinzutreten, die in Deutschland wohnen und die für die Zukunft kaum eine Existenzmöglichkeit finden werden.

Deshalb appelliere ich an den Herrn Außenminister, er möge gemeinsam mit den in erster Reihe betroffenen Staaten, nämlich Polen, der Schweiz, Belgien, Frankreich, Holland, Dänemark usw., im Rahmen des Völkerbundes auf die Abwendung dieser drohenden Gefahren hinwirken. Als eines der dazu geeigneten Mittel gestatte ich mir auf die Anleihe hinzuweisen, die der Völkerbund zum Zwecke der Repatriierung der griechischen Flüchtlinge aus Kleinasien ausgegeben hat und auf eine ähnliche Aktion zugunsten der armenischen Deportierten.

Ich bitte den Herrn Außenminister, er möge ferner in Erwägung ziehen, ob diese Frage nicht auch Gegenstand der Verhandlungen auf der in Vorbereitung befindlichen Weltwirtschaftskonferenz sein könnte.

Ich zweifle nicht, daß Minister Dr. Beneš dieser Sache ein ähnliches Verständnis entgegenbringen wird, wie er dies im Inland und auf dem internationalen Forum wiederholt den zionistischen Bestrebungen entgegengebracht hat.

Ich benütze diese Gelegenheit, wo ich das erste Mal in diesem Hause über Angelegenheiten spreche, die in das Ressort des Außenministers gehören, daß ich für dieses Verständnis Minister Dr. Beneš den Dank der jüdischen Minderheit ausspreche und unter Bezugnahme auf meine Ausführungen die Erklärung abgebe, daß wir dafür stimmen, daß das Parlament das Exposé des Außenministers zur Kenntnis nimmt.

Widerhall aus Leserkreisen

Meinungen, Anregungen, Stimmungen

Ein Wort an Euch, alte Zionisten!

Die jüdischen Massen sind jetzt reif für den Zionismus. Die tatsächlichen und psychologischen Voraussetzungen sind gegeben. Die Ereignisse in Deutschland haben gerade noch gefehlt, um im Zusammenhange mit den Erfolgen unserer Arbeit in Erez Israel die Juden von der Richtigkeit unserer Ziele zu überzeugen.

Wir müssen diesen Moment ausnützen auch wenn uns Leute, die sich von überlebten Vorstellungen nicht freimachen können, vorwerfen, daß wir uns den traurigen Ereignissen Parteikapital schlagen. Wie machen wir das am besten?

Wir haben es bisher nicht verstanden, Propaganda zu machen und haben hiebei große Fehler begangen. Ich möchte diese Fehler aufzeigen.

Eine jede politische Organisation trachtet darnach, organisierte Anhänger zu gewinnen. Mitglied einer Partei ist nicht derjenige, der mit den Parteizielen sympathisiert, auch nicht derjenige, der für Parteizwecke eine Spende gibt, sondern nur, wer eingetragenes Mitglied einer Ortsgruppe ist. Wir haben bisher niemals eine richtige Aktion zur Gewinnung neuer Mitglieder von Ortsgruppen durchgeführt und haben damit das primitivste versäumt, um eine wirklich mächtige Partei im Judentum zu werden, die den größten Teil der jüdischen Massen umfaßt.

Die Erfahrungen des Großwerdens anderer Parteien haben gezeigt, daß diejenigen Parteien die meisten Erfolge hatten, welche am radikalsten waren, d. h. mit anderen Worten, die von ihren Mitgliedern die stärkste geistige Umstellung verlangten und die höchsten Anforderungen an die Persönlichkeit ihrer Mitglieder stellten. Wir haben von unseren Anhängern das wenigste verlangt, nämlich nicht die ganze Persönlichkeit, sondern nur das Bekenntnis zum Zionismus oder Geld für Palästina. Wir haben nicht einmal das selbstverständliche verlangt, daß ein Nationaljude das geringe Opfer bringt, die nationale Sprache zu erlernen. Es klingt paradox, wenn ich sage, die Juden wurden nicht Zionisten, weil es zu leicht ist, Zionist zu sein. Es ist aber so, und dies gilt insbesondere für die Jugend, welche radikale Parolen will und nicht für laue Sachen zu haben ist.

Unsere Arbeit muß sich daher jetzt in zwei Richtungen bewegen. Vor allem ist jetzt eine Aktion zur Mitgliederbewegung der Ortsgruppen mit aller Energie einzuleiten. Der Aussig-Teplitzer Kreis hat eine derartige Aktion eingeleitet. Geschickt verfaßte Flugblätter werden allen jüdischen Familien in Abständen von fünf Tagen in das Haus geschickt. Mitgliedsanmeldekarten liegen bei. Alle Juden erhalten Einladungen zu großen Manifestationsversammlungen, bei welchen bekannte Redner sprechen. Mitgliedsanmeldekarten liegen an jedem Platz. Eine persönliche Agitation durch bewährte Zionisten von Haus zu Haus wird durchgeführt, mit dem alleinigen Ziele, Mitglieder für die Ortsgruppen zu gewinnen. Diese Aktion wird mit keinerlei Geldsammelaktion verbunden. Wir wollen diesmal nicht nur das Geld, wir wollen die ganze Persönlichkeit, wir wollen jüdische Menschen!

Es ist notwendig, daß diese Aktion nicht bloß auf einen Arbeitskreis beschränkt bleibt, sondern überall in der Republik mit aller Energie und Schlagfertigkeit durchgeführt wird. Die Aktion darf nicht aufgeschoben werden, weil gerade der heutige Moment für unsere Agitation so geeignet ist, wie keine Stunde vorher. Wenn es uns jetzt nicht gelingt, die Massen für die zionistische Organisation zu gewinnen, in einem Zeitpunkte, in dem die Massen für die zionistische Idee durch die Macht der Tatsachen bereits gewonnen sind, so sind unsere Organisatoren unfähig. Selten hatte eine Partei es so leicht, Mitglieder zu werben, wie wir jetzt. Aber wir müssen es auch tun.

Sorgt, Freunde, dafür, daß wir uns nicht später einmal vorwürfe machen müssen, daß wir wieder einen günstigen Moment versäumt haben.

Wenn Ihr, alte Zionisten wirklich an unserer Idee ein mehr als platonisches Interesse habt und es ernst meint, macht diese Aktion und helfet dadurch unserer Bewegung.

Dr. Eckstein.

Ein jüdischer Arzt antwortet für Viele

Die Ereignisse in Deutschland haben die Juden der Welt aufgerüttelt. Hitler überrumpelte sie mit Kraftworten aus dem antisemitischen Wörterbuch und mit historisch fundierten Taten des Mittelalters. Gar kein Novum — für uns Juden, denen der historische Materialismus und die Aetiologie der Massenpsychose geläufig ist; eine Sensation aber für jene Israeliten, die bona oder mala fide durch die Assimilation dem Antisemitismus aus dem Wege zu gehen glaubten. Traurigen, ja blutenden Herzens hat der Zionismus die Satisfaktion einer Höchst-Aktualität wiedererlangt. Wir Zionisten könnten nun ob unserer Prophetie jubeln, wären nicht gerade wir jener Teil des Judentums, der das Weh des anderen an sich verspürt. Wir jubeln nicht, aber wir weinen auch nicht! Das Weinen verrichten die Israeliten, denn das Hakenkreuz hat ihre geschlossenen Tränensäcke durchbohrt; — unsere sind von den Jahrhunderten bereits ausgetrocknet worden. Wir jammern nicht. Wir laufen aber auch nicht lamentierend davon Wir wollen kämpfen! — den ehrlichen Kampf der Defensive. Das ist nicht Kriegslust, auch kein Säbelrasseln, aber auch keine Provokation; es ist die einzig mögliche ehrliche Abwehr des Angriffes auf die Judenheit.

Zur Durchführung dieses Abwehrkampfes sei hier eine charakteristische Episode angeführt.

Die Weltfirma E. Merck (Erzeugung med. Präparate) in Darmstadt versandte an die Aerzteschaft des Auslandes Zirkulare, in denen sie die Aerzte ersucht, „gegen die Greuelnachrichten energisch einzuschreiten, wobei genannte Fa. die Aerzte auf Ehre versichert, daß in Deutschland das Vermögen und die körperliche Integrität der Juden so wie jedes anderen Staatsbürgers absolut geschützt werden und falls die Nachrichten über Judenverfolgungen nicht aufhören, werden sie sich — so sagt die Firma — bewahrheiten." — Dieses Zirkular bekam auch Dr A. F. zugesandt, der der genannten Firma in seiner schriftlichen Antwort schreibt:

„Sie wagen es, in Ihrem Zirkular eine Judenverfolgung in Deutschland zu verneinen. Ich — und mit mir viele Zehntausende — haben keinen Anlaß, anzunehmen, die Nachrichten unserer Zeitungen entsprächen nicht der Wahrheit Wir sind vielmehr davon überzeugt, daß wir nur einen ganz kleinen Bruchteil der Tatsachen erfahren. Wäre aber auch all das, was in den Zeitungen berichtet wird, was von Mund zu Mund geht, unwahr, so genügt ja allein schon das, was man mit eigenen Ohren aus dem Munde Ihrer Minister wiederholt gehört hat. Der eine Satz des Ministers Göring: Die deutsche Polizei sei nicht dazu hier, um jüdisches Eigentum zu schützen, werfen alle in Ihrem Schreiben gestellten Behauptungen um. Die Polizei in Deutschland habe nicht das Eigentum der Juden zu schützen! — Dies nennen Sie: Schutz des Eigentums der Juden? Die jüdischen Anwälte werden in Ausübung ihres Berufes gehindert, die jüdischen Beamten — nur weil sie Juden sind — entlassen, jüdische Aerzte von ihren Posten entfernt und dies mit der unerhörten Begründung, sie wären Juden. Dies nennen Sie: keine Judenverfolgung? Genügen schon diese Tatsachen nicht, daß man sich mit Verabscheuung und Verachtung von Deutschland abwende? — Sie in Deutschland haben es zustandegebracht, was man bis nun für das 20. Jahrhundert für unmöglich hielt. Sie gehen planmäßig und brutal gegen eine Rasse ihrer Staatsbürger vor und können keinen anderen Grund angeben, als: die Juden sind unser Unglück. Welch Armutszeugnis für das deutsche Volk (60 Millionen), welch unverdientes Lob für uns Juden (kaum 600.000). Der Führer der deutschen Boykottbewegung äußerte sich, daß Deutschlands höchste Frage jetzt die Judenfrage sei Deutschland hat also kein wichtigeres Problem als die Frage der kaum 1prozentigen Minderheit? Wäre es nicht traurig, wäre es lächerlich! Die unerhörte Brutalität, mit der Sie die jüdischen Staatsbürger entrechten und demütigen, ist ein Schlag, den wir als Volksgenossen mitspüren müssen. Wir wollen und werden uns wehren, so wie wir es können. Es ist unsinnig, lächerlich und zwecklos, uns mit schönen oder drohenden Worten hievon abhalten zu wollen. Es ist das elementarste Menschenrecht, sich zu wehren, und wir Aerzte haben in unserem Beruf genug Gelegenheit, der deutschen Regierung gegenüber unsere Meinung zum Ausdruck zu bringen. Zum Schlusse muß ich noch Ihre Bemerkung der eventuellen Repressalien berühren. Ihre Drohung hat bei mir und sicherlich den meisten ihren Zweck verfehlt Uns geht es um die Ehre des Judentums; uns geht es um das Ganze. Das jüdische Volk können Sie in Deutschland entrechten, verjagen, aber vernichten werden Sie uns nicht. Gegen Ihre rohe Kraft können wir nur unsere schwachen moralischen Kräfte anwenden. Es zeigt sich schon jetzt, daß erstere zwar wuchtiger, letztere aber dauernder ist."

Ein Briefwechsel

Folgender Briefwechsel wird uns zur Verfügung gestellt:

An den Verlag Max Hesse, Berlin.

Seit 20 Jahren beziehe ich durch eine hiesige Buchhandlung Ihre Zeitschrift: „Die Musik." Ich teile Ihnen mit, daß mich die mittelalterliche, allgemeine Entrechtung der Juden in Deutschland veranlaßt hat, nach Ablauf des leider bereits bezahlten Jahrganges abzumelden.

✣

Die typische Antwort an den hiesigen Buchhändler lautet:

Wir können nicht umhin, Ihnen einliegend die uns dieser Tage zugegangene Postkarte eines Ihrer Kunden vorzulegen und zu bitten, diesem Kunden in Ihrem Interesse das Unsinnige seiner Behauptung vor Augen zu führen. Es ist doch [illegible] lächerlich, wenn mit solchen Ammenmärchen operiert wird. In Deutschland ist keinem Juden ein Haar gekrümmt worden und es sollte u. E. im Interesse eines jeden Buchhändlers liegen, solchen Tartarennachrichten mit aller Höflichkeit, aber auch mit aller Energie entgegenzutreten. Vielleicht gelingt es Ihnen, Ihren Kunden zur Vernunft zu bringen und damit zum Weiterbezug unserer Zeitschrift „Die Musik", deren Abonnent er angeblich seit 20 Jahren gewesen ist.

Verlag Max Hesse.

Der Abonnent schrieb zurück:

Von meinem Buchhändler wurde mir Ihr Schreiben vom 19. IV. übergeben, das mich nicht bestimmen kann, meinen Standpunkt zu ändern. Ich bitte Sie daher, meine Abbestellung zur Kenntnis zu nehmen.

Zu Ihren Ausführungen möchte ich folgendes bemerken: Sind es Ammenmärchen, daß die neuen reichsdeutschen Gesetze für Juden Ausnahmsbestimmungen treffen? Sind die Nachrichten amtlicher und halbamtlicher deutscher Nachrichtenbureaus auch Ammenmärchen? Und sind es Ammenmärchen, daß Ihr Herr Minister Goering u. a. Rundfunkreden gehalten haben, die auch im Auslande gehört wurden?

Sie sagen, daß keinem Juden in Deutschland ein Haar gekrümmt worden sei. Demnach dürften sich die in tschechoslowakischen Spitälern und von hiesigen Aerzten behandelten reichsdeutschen Juden die Verletzungen selbst zugefügt haben. Jedenfalls haben Sie dafür gesorgt, daß Tausenden Juden das Haar grau wurde. Ich halte es für zwecklos, diesen Briefwechsel fortzusetzen. Denn er ist unfruchtbar und wird an den gegebenen Verhältnissen nicht das geringste ändern. Ich bedauere es aber tief, daß ein Kulturträger — der deutsche Verleger war es zweifellos — die Auswirkungen des neuen Systems deckt, ja gutheißt. Meiner Meinung nach hätte er schon Schuld auf sich geladen, wenn er nur geschwiegen hätte.

Freitod

Ueber den Selbstmord Dr. Schlesingers wird uns berichtet:

In durch die Zeit vorgeschriebener Kürze brachte die Berliner Tagespresse die Nachricht, daß in Berlin-Südende Dr. Arthur Schlesinger, Oberstabsarzt a. D., am — historisch gewordenen — 1. April plötzlich und unerwartet verstorben sei und eine Witwe, einen angehenden Arzt als Sohn und zwei Töchter hinterlassen habe. Es verlohnt, bei diesem Menschenschicksal ein wenig zu verweilen, das in mancher Hinsicht bemerkenswert war.

Dr. Schlesinger war das einzige Kind des früher verstorbenen, bekannten Dresdener Kaufhaus- und Großgrundbesitzers Siegfried Schlesinger, persischen Generalkonsuls, und vermögend, wirtschaftliche Gründe haben ihn also sicherlich nicht zum Freitod veranlaßt, und stand erst im 57. Lebensjahre. Vor Jahrzehnten war er Assistent des verstorbenen Prof. James Israel am Jüdischen Krankenhause und bis zuletzt ein sehr gesuchter Chirurg, der im Israel. Krankenheim sowie noch an zwei anderen Stellen Sprechstunden abhalten mußte.

Den Weltkrieg machte er, obwohl Arzt, zumeist als Kämpfer im Schützengraben mit und wurde im Felde mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse ausgezeichnet und zum Oberstabsarzt befördert. Ein Idealist durch und durch, was sich u. a. auch darin ausprägte, daß er in erster Ehe mit einer armen Krankenschwester jüdischer und in zweiter Ehe mit einer ebensolchen nichtjüdischer Abkunft verbunden war.

Dr. Schlesingers Freitod erinnert stark an den Albert Ballins in Hamburg (1918), welcher auch über die Zeit nicht hinwegkommen konnte.

Bei der Trauerfeier, welche im Wilmersdorfer Krematorium unter starker und aufrichtiger Teilnahme stattfand, hielt Dr. Med. Fritz Mendel, ein Sohn des berühmten Psychiaters Prof. Mendel, einen Nachruf, in dem er u. a. ausführte: „Geschmückt mit dem E. K. I. für persönlichen Mut und treueste Pflichterfüllung kehrtest du aus dem Weltkrieg heim. Für dein mannhaftes Verhalten in der Stunde, in der du entschieden hast: nun sei es Zeit zum Aufbruch, legen wir stolz und tiefbetrübt in Gedanken das Ehrenkreuz auf deine Bahre — — —"

W. Max.

Carl Weinfeld,

der verdienstvolle Vorsteher der Kultusgemeinde Soborten, wurde am 16. April 1933 zu Grabe getragen.

Wer Zeuge dieser imposanten Trauerkundgebung war, konnte — schon rein äußerlich betrachtet — die Wahrnehmung machen, daß die Ehrungen, die dem Verstorbenen erwiesen wurden, einem Manne galten, dessen Verdienste unbestritten sind. Nahezu fünfundvierzig Jahre lang leitete Carl Weinfeld die Geschicke der altehrwürdigen Kultusgemeinde Soborten, die im Laufe der Jahrzehnte mit seinem Namen zu einem Begriff wurde. Kein Wunder, daß hunderte und aber hunderte Menschen zusammenströmten, um ihm das Geleite zu seiner letzten Fahrt zu geben. Gerade in diesen Tagen mag es besonders hervorgehoben werden, daß Juden und Christen, Deutsche und Tschechen sich in einmütigster und aufrichtigster Trauer um seine Bahre sammelten. — In der Synagoge, die die Geschichte eines halben Jahrtausends erzählen könnte, ward sein schlichter Sarg aufgestellt und kaum konnte das Gotteshaus alle Einlaß begehrenden Trauergäste fassen. Mit feierlichen Orgelklängen und einer Arie aus dem Oratorium „Elias" wurden die Trauerfeierlichkeiten eingeleitet, worauf Sr. Ehrw. Herr Rabb. R. H. Herzl den Lebenslauf des Verstorbenen schilderte und seine unvergänglichen Verdienste um die Kultusgemeinde, um die Chevra Kadischa, deren Obmann er war, und um die Allgemeinheit in zu Herzen gehenden Worten würdigte. Namens des Sobortner Tempelvereines rief dessen Obmann, Herr Leo Fischer, dem Verewigten Dank- und Abschiedsworte zu und ein feierlich zu Gehör gebrachtes Duett mit Orgelbegleitung beschloß die Trauerkundgebung im Tempel. Der Trauerzug zu dem Jahrhunderte alten jüdischen Friedhof des Ortes gestaltete sich zu einem machtvollen Bilde und man sah kaum ein trockenes Auge, als sich die Ortsvereine (Feuerwehr und Veteranen), denen er durch Jahrzehnte angehörte und deren Mitgründer er war, vor dem Friedhofseingange mit dem alten Liede „Ich hatte einen Kameraden" von Carl Weinfeld verabschiedeten. Am Friedhofe ergriff Herr Rabbiner Herzl noch einmal das Wort, während am offenen Grabe Herr Rudolf Pachner namens der Repräsentanz, Herr Dr. Cantor namens der Kultusgemeinde Teplitz-Schönau und des Verbandes der Kultusgemeinden, Herr Daniel Eichler namens der Freiw. Feuerwehr Soborten und Herr Naumann für den Verein gedienter Soldaten von dem Verstorbenen Abschied nahm. — Mit Carl Weinfeld ist ein unersetzlicher Führer, ein herzensguter Mensch, ein vorbildlicher Jude dahingegangen.

F. B.

500 deutsche Juden in Palästina eingetroffen

Bis zum 19. April waren in Palästina etwa 500 Juden, die infolge der jüngsten Entwicklungen in Deutschland zur Auswanderung genötigt waren, eingetroffen. Eine große Zahl deutscher Juden ist noch nach Palästina unterwegs. Fast mit jedem Schiff treffen in den palästinensischen Häfen neue Gruppen jüdischer Einwanderer aus Deutschland ein.

Die Vorgänge im Revisionismus

In einer der JTA. übergebenen Erklärung stellt der Vizepräsident der Revisionistischen Weltunion Meir Großman im Namen des Exekutivkomitees fest, daß sowohl in Polen als auch in Palästina die verantwortlichen Führer der Revisionisten den Standpunkt des Exekutivkomitees teilen Nichts könne die Tatsache bemänteln, daß Jabotinsky aus Gründen, die ihm selbst sehr wohl bewußt seien, seinen Kollegen den Rücken kehrte und im Laufe von acht Stunden das von ihm ursprünglich als das einzig möglich erachtete Programm umgestoßen habe. Was das sogenannte Plebiszit anlange, das Jabotinsky auf eigene Faust organisiert habe, um seinen Schritt nachträglich als legal und gerechtfertigt erscheinen zu lassen, so habe die Exekutive erklärt daß diese Abstimmung unrechtmäßig sei, niemanden binde und nicht im geringsten juridischen oder moralischen Wert habe. Ein Plebiszit unter seinen Freunden könne jedermann organisieren. Ebenso könne jeder Jabotinskys Beispiel befolgen und eine eigene Exekutive einsetzen. Die Majorität der Revisionisten habe es abgelehnt, sich an dieser Komödie zu beteiligen Das Exekutivkomitee der Union werde ein Plebiszit dieser Art niemals anerkennen. Jabotinsky habe, bevor er seinen Schritt tat, eine glänzende Gelegenheit gehabt, ein Plebiszit als Ausweg aus dem Konflikt innerhalb der Partei vorzuschlagen. Aber Jabotinsky wußte allzu gut, daß er bei einer offenen Entscheidung darüber, ob man innerhalb der Zionistischen Organisation verbleiben oder diese verlassen solle, sicherlich auch jene Anhänger verloren hätte, die ihn jetzt unterstützen.

✣

Mit Rücksicht auf die in Deutschland herrschenden politischen Verhältnisse hat Jabotinsky die Auflösung des Brith Trumpeldor in Deutschland verfügt und den bisherigen Mitgliedern das weitere Tragen der Bethar-Uniform strengstens untersagt.

Richtigstellung. Wir werden ersucht, unsere Notiz aus der letzten Nummer der „Selbstwehr" dahin richtigzustellen, daß die „Bohemia" den Furtwängler-Brief veröffentlicht hat. Und zwar brachte sie an erster Stelle die Antwort Goebbels und anschließend daran den Brief Furtwänglers.

NOTIZEN

Lügen und Fälschungen der nordböhmischen Hakenkreuzpresse

Die in Gablonz erscheinende nationalsozialistische „Volkswehr“ Nr. 17. vom 22. d. M. brachte einen Leitartikel unter dem Titel „Judas Kampf“, in dem ein Herr Theo Volkhardt die alten unsinnigen und unwahren Behauptungen auftischt, am ersten Zionistenkongreß im Jahre 1897 wären die „Protokolle der Weisen von Zion“ angenommen und zum Beschluß erhoben worden. Der Verfasser gibt einige Proben aus diesem Machwerke wieder, die schon, kommentarlos, als antijüdische Hetze übelster Sorte wirken. Es ist unglaublich, daß man auch hierzulande mit solchen Mitteln Propaganda betreiben darf. Die Zitate sind selbstredend ebenso wie das ganze Werk längst als Fälschungen entlarvt worden. Es existieren keine zionistischen Protokolle dieser Art, es hat niemals eine jüdische Tagung stattgefunden, die derartige Beschlüsse gefaßt hätte. Die zionistische Organisation dient einzig und allein der friedlichen Besiedlung Palästinas durch Juden. Ihre Ziele sind der ganzen Welt bekannt und völkerrechtlich sanktioniert. Die Verbreiter der „Protokolle der Weisen von Zion“ erklärten, wiederholt dringend nach der Herkunft dieser angeblichen Protokolle befragt, daß dies Richtlinien seien, die der jüdische Schriftsteller Günzberg für den ersten Zionistenkongreß abgefaßt habe. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte am 19. April 1923 erklärte Graf Reventlof, einer der Hauptverbreiter dieser Behauptung, daß er sie nicht aufrecht erhalten könne und bedauerte es, seine Angaben verbreitet zu haben. Mit der verstärkten antisemitischen Propaganda in Deutschland wurden auch wiederum die „Protokolle der Weisen von Zion“ aufs Tapet gebracht und u. a. in dem berüchtigten Boykottaufruf Streichers zitiert. Das hat auch die hiesigen Hakenkreuzler nicht ruhen lassen, die scheinbar nun auch in der Tschechoslowakei die Mission der Verbreitung jener Lügenschrift auf sich nehmen wollen. Es ist höchste Zeit, daß gegen diesen unerhörten Unfug und diese Verleumdung der zionistischen Bewegung rechtzeitig, energisch und mit allen Mitteln eingeschritten wird.

Der große Unterschied

Eine Italienerin, die wir neulich während einer Eisenbahnfahrt sprachen, protestierte energisch dagegen, daß man den deutschen Fascismus auch nur im entferntesten mit dem italienischen vergleiche. Nicht nur die Behandlung der Juden in Deutschland, die sie in mehrwöchigem Aufenthalt studieren konnte, hat sie empört — die ganze Art, in der die Deutschen die Umwälzung durchführen, bezeichnete sie als abstoßend. Sie sagte: „Was in Italien vier Jahre gedauert hat, wollen die Deutschen in zwei Wochen erzwingen. Gewiß hat es auch in Italien einige unentschuldbare Gewalttaten gegeben, aber im ganzen war charakteristisch, daß allen der Weg zum neuen Regime leicht gemacht wurde. Wichtig ist aber vor allem, wie sich in Italien die Kollegenschaft aller Stände benahm. Man schützte einander gegenseitig, führende Fascisten traten ritterlich für die Verfolgten ein, den von oben ergehenden Anordnungen wurde Widerstand entgegengesetzt. In Deutschland hat man den Eindruck, als ob alle oder fast alle begeistert mitgingen, die Kollegen können gar nicht eilig genug ihre anders gesinnten oder jüdischen Kollegen aus der Ärzteschaft, Rechtsanwaltschaft entfernen, ja die Kollegen geben sogar oft den Anlaß zu Maßregelungen, an die die Behörde noch gar nicht denkt. Diesen unritterlichen Geist der Deutschen habe ich als etwas besonders Häßliches empfunden. Italien war zu Anfang von der nationalen Erhebung in Deutschland entzückt, es erschienen in den Zeitungen vierspaltige Überschriften: ‚Italia maëstra del mondo‘. Bald aber und in immer steigendem Maße ist die öffentliche Meinung Italiens von den deutschen Methoden abgerückt.“

Martyrium der deutschen Landjuden

Der Berliner Korrespondent der „Neuen Züricher Zeitung“ unternahm zu Ostern eine Reise in reichsdeutsche Landgegenden. Erschütternd sind die Berichte, die er über die unhaltbare Situation der am Lande lebenden Juden gibt: „Wenn heute die Lage des Bauern schwierig ist, so ist die des kleinen Dorfjuden, der überall als Kleinkrämer und Viehhändler im Lande ansässig ist, beängstigend. Der Viehhändler hat durch seine Preisdrückerei mitgeholfen an der Verbilligung der Lebenshaltung in Deutschland, aber er hat sich damit in den Ruf eines Halsabschneiders gebracht, obwohl in erster Linie das allgemeine Sinken der Preise auf dem Weltmarkt die Hauptschuld trägt. Der jüdische Krämer anderseits genießt zwar wegen seiner niederen Preise die Zuneigung der Bauern, aber dafür sind ihm die christlichen Kollegen gram, so daß Händler wie Krämer jüdischer Rasse auf dem Lande genug Feinde besitzen, seit einmal der Haß gegen das Judentum greifbare Formen annahm, und wenn auch kein offizieller Boykott mehr vorgeschrieben wird, so setzt sich die Übung im stillen fort. In einem alten Dorfkrug erzählten mir ein paar behäbige Kirchgänger lachend, wie sie am Tage des Boykotts ihren Spaß gehabt hätten mit dem Krämer von nebenan, den zwei SA.-Männer mit vorgehaltenen Karabinern auf den Dorfplatz trieben. Der Jude hätte um sein Leben gefleht, weil er dachte, sein letztes Stündchen wäre gekommen. Da hätten sie ihn laufen gelassen. Kein Haar sei ihm gekrümmt worden, aber jetzt kaufe niemand mehr bei ihm. Wie er denn noch leben könne, fragte ich. Die Männer zuckten die Achseln: ‚Lange genug hat er uns ausgesogen, jetzt sind wir mal an der Reihe‘, antworteten sie. Kaum wagt man es noch, einen Juden im Dorf zu grüßen, um nicht in den Geruch der Verräterei zu kommen.“

Besondere Badezeiten für Juden

Die „Pfälzische Rundschau“ meldet aus Speyer: „Im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung hat der kommissarische zweite Bürgermeister von Speyer angeordnet, daß im Sommer in den städtischen Badeanstalten besondere Badezeiten für Juden eingerichtet werden.“

Hilfsaktionen

Amerikanische Hilfe für notleidende deutsche Juden

New York. Im Gemeindehause der Synagogengemeinde Emanu-El zu New York fand eine vom American Jewish Joint Distribution Comittee einberufene Versammlung statt, zu der über 750 Delegierte der dem Komitee angeschlossenen Organisationen erschienen waren, um über Hilfsmaßnahmen zugunsten der infolge der politischen und wirtschaftlichen Umgestaltung in Deutschland notleidend gewordenen jüdischen Bevölkerungskreise zu beraten. Es wurde beschlossen, neben der bisher vom Komitee geleisteten großzügigen Hilfe- und Aufbautätigkeit in Osteuropa, die ungeschmälert weitergeführt werden soll, eine neue Hilfsaktion philanthropischer Art für deutsche Juden zu eröffnen. Mit der Leitung der Hilfsaktion wurde das europäische Bureau des Joint-Distribution-Comitee betraut und ihm gleichzeitig die Weisung erteilt, bei seiner Tätigkeit in dauernder enger Fühlung mit den jüdischen philanthropischen Organisationen in Deutschland zu bleiben.

Es folgen Ansprachen von Richter Irving Lehman; dem ehemaligen europäischen Direktor der American-Relief-Administration Dr. Walter Lyman Brown; Dr. Jonah B. Wise; dem Vorsitzenden des Komitees für die Sammlungen in New York Dodley D. Sicher; dem Vorsitzenden des American-Jewish-Committee Dr. Cyrus Adler und dem ehemaligen Richter Joseph M. Proskauer.

Richter Lehman erklärte, Amerika sei durch die Folgen der Wirtschaftsdepression in hohem Maße betroffen und wirtschaftlich in schwierigerer Lage als während des Krieges. Die Juden Amerikas seien nicht mehr imstande, aus ihrer Fülle zu geben, denn eine solche Fülle gebe es nicht mehr. Doch könne er voll Vertrauen erklären, daß das Mitgefühl der amerikanischen Juden für die Notleidenden, ihr Wunsch, auch mit ihren jetzt geringer gewordenen Mitteln zu helfen, in demselben Maße gestiegen sei wie ihre materiellen Hilfsquellen schwächer geworden sind.

Dr. Jonah B. Wise vertrat in seiner Ansprache die Auffassung, daß die Frage der Hilfeleistung für die deutschen Juden kein rein jüdisches, sondern ein allgemein menschliches Problem darstelle. Es sei unvorstellbar, daß die Menschheit es zulassen könnte, daß 600.000 Juden zugrunde gehen.

15-Millionen-Dollar-Anleihe zur Ansiedlung deutscher Juden in Palästina

New York. In der letzten Sitzung des American Economic Committee for Palestine entwickelte dessen Präsident Israel B. Brodie den Plan, eine große jüdische nationale Anleihe in der Höhe von etwa 15 Millionen Dollar zur Beschleunigung der landwirtschaftlichen und industriellen Entwicklung Palästinas aufzunehmen.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse in Palästina, führte Herr Brodie aus, seien gegenwärtig durchaus befriedigend. Es bestehe sogar ein fühlbarer Mangel an Arbeitskräften. Die Regierung hat einen Haushaltüberschuß von über 1,000.000 Pfund erzielt. Wenn man einen gesunden Plan für die wirtschaftliche Eingliederung breiter Massen jüdischer Einwanderer aufstelle, dann werde die Regierung unter den obwaltenden Verhältnissen eine vorübergehende Aufhebung oder Milderung der bestehenden Einwanderungsbeschränkungen verantworten können. Damit werde auch für die bedrängten Juden in Deutschland eine Zufluchtsmöglichkeit entstehen. Auch werde es dann möglich sein, eine wesentlich kleinere Mindestsumme als die heute geforderten 1000 Pfund zwecks Erlangung der Einwanderungserlaubnis als „Einwanderer mit eigenen Mitteln“ festzusetzen.

Jerusalem. Unter dem Vorsitz des Mitglieds der Exekutive der Jewish Agency, Emanuel Neuman, wurde am 23. April in Jerusalem eine Beratung abgehalten, an der u. a. der Vorsitzende des Direktoriums des Keren Kajemeth, M. M. Ussischkin, der Direktor des Keren Hajessod Dr. Arthur Hantke, Herr Pinchas Ruthenberg als Vertreter der Ruthenberg Palestine Electric Corporation, sowie Vertreter des Waad Leumi und des Verbandes deutscher Juden in Palästina teilnahmen. Die Teilnehmer an dieser Beratung gelangten zu völliger Uebereinstimmung hinsichtlich der Durchführung der von der Londoner Exekutive der Jewish Agency aufgestellten großzügigen Pläne zur Ansiedlung deutscher Juden in Palästina. Es wurde allgemein die Meinung zum Ausdruck gebracht, daß diese Hilfsaktionen gleichzeitig das jüdische Aufbauwerk in Palästina ein gut Stück vorwärts bringen werden. Wie die Jüdische Telegraphen-Agentur erfährt, ist es Herrn Pinchas Ruthenberg bei seinem jüngsten Aufenthalt in London gelungen, von einer Reihe großer Finanzleute und anderer einflußreicher Persönlichkeiten bindende Zusagen bezüglich ihrer Mitwirkung an dem geplanten Ansiedlungswerk zu erhalten.

Zahlreiche Rücktritte zum Judentum in Berlin

Die Jüdische Gemeinde Berlin verlautbart: Im Gemeindebureau gehen täglich Briefe von Personen ein, die in früheren Jahren aus der Gemeinde oder aus dem Judentum ausgeschieden sind, und die jetzt ihren Wiedereintritt in die Gemeinde erklären. Unter diesen Briefen befinden sich auch solche sehr bekannter Persönlichkeiten, die sich für eine ehrenamtliche Mitarbeit zur Verfügung stellen. Wir geben von dieser erfreulichen Stärkung der Gemeinde mit besonderer Genugtuung Kenntnis.

Ein deutscher Demokrat

Herr Ernst Viktor Zenker wird noch manchem jüdischen Leser bekannt sein als Herausgeber der „Wage“, einer Zeitschrift, die auf altösterreichische Verhältnisse eingestellt, ähnliche Ziele verfolgte wie die „Zukunft“ von Maximilian Harden, die sie ziemlich stark nachahmte. Immerhin war diese Zeitung beachtenswert durch den Mut, mit dem sie öffentliche Fragen in fortschrittlichem Geiste behandelte. Zenker gehörte zu denjenigen Politikern, die mit den Stimmen der Juden in das österreichische Parlament gewählt wurden (Hock, Kuranda) und es wäre undankbar, wenn man nicht erwähnte, daß Herr Zenker sich durch sein mannhaftes Eintreten um die freiheitliche Bewegung Verdienste erworben hat.

Nach dem Kriege übersiedelte Herr Zenker nach Gablonz, mit der Aufgabe, der neu aktivierten Ortsgruppe der demokratischen Freiheitspartei als Mentor zu dienen; tatsächlich setzte sich Herr Zenker in der ersten Zeit seiner Tätigkeit äußerst aktiv für die demokratische Partei ein und arbeitete hauptsächlich in kommunaler Hinsicht. Persönliche Zerwürfnisse sollen der Grund dafür gewesen sein, daß sich Zenker von der aktiven Politik zurückzog und sich darauf beschränkte, außer seiner chinesischen Sprachforschung gelegentlich Artikel für den „Teplitz-Schönauer Anzeiger“ zu schreiben und eine mehr oder weniger nur von Juden gelesenen Halbmonatsschrift für deutsche Kultur, „Freie Welt“, herauszugeben.

Aufmerksame Leser dieser Zeitschrift waren in den letzten Jahren Zeugen einer inneren Wandlung des Herrn Zenker, der immer mehr einen Anschluß nach rechts suchte, eine Wandlung, die sein politischer Freund, Dr. Rosche, und die von ihm vertretene Deutsche Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft ganz öffentlich durchmachen. Der jüdische Leser weiß, daß diese Gruppe bei den letzten Wahlen ihren Anhängern in Prag, somit auch ihren jüdischen Wählern, zumutete, den Nationalsozialisten Heider ins Prager Stadtparlament zu wählen. Was Zenker jedoch in den früheren Nummern seiner Zeitschrift nur angedeutet hatte, führt er im letzten Hefte seiner Zeitschrift in aller Form durch: den Anschluß an die allnationale Bewegung.

Man wird vielleicht einwenden, daß diese Angelegenheit höchstens die persönlichen Freunde des Herrn Zenker im deutschliberalen Lager interessieren wird, von denen mancher über die Entwicklung des alten Demokraten Zenker zum unentwegten Anhänger Hitlers staunen wird und es nicht verstehen wird, daß Herr Zenker mit der Nummer vom 8. April einen dicken Trennungsstrich zwischen seiner Vergangenheit und seinen Freunden in der deutschdemokratischen Partei zieht, um ganz offen in das Lager Hitlers überzugehen. Da jedoch die in Frage stehenden Ausführungen Zenkers an die Adresse der Juden gerichtet sind, denen Herr Zenker politische Ratschläge erteilen will, muß diese Angelegenheit auch in einer jüdischen Zeitschrift behandelt werden.

In seinen Erwägungen geht Herr Zenker von der für ihn als Axiom geltenden Tatsache aus, daß durch die deutsche Revolution nur diejenigen Juden in Mitleidenschaft gezogen wurden, die sich als Ausländer an der volksfeindlichen und zersetzenden Bewegung des Marxismus und namentlich dessen bolschewistischen Flügels beteiligt hätten. Ihre Verhaftung oder Ausweisung erfolgte nicht, weil sie Juden waren, sondern weil sie an der Vorbereitung der kommunistischen Diktatur mitgearbeitet hätten. Emphatisch ruft Zenker aus: „Es ist uns nicht bekannt — wer es besser weiß, der komme mit seinen Beweisen —, daß die deutsche Regierung irgend etwas unternommen hätte, was man als Sondermaßregel gegen die deutschen Juden deuten könnte. Der Judenpunkt des nationalsozialistischen Programmes wäre vielleicht immer Programmpunkt geblieben, wenn die Juden sich nicht an der Propaganda gegen das deutsche Volk beteiligt hätte.“

Wer diese Argumente liest, wird sich fragen: ist Herr Zenker wirklich so naiv, daß er seinen Lesern zumutet, ihm in seiner Beweisführung zu folgen? Weiß Herr Zenker nichts von den Reden Hitlers, Görings, Goebbels und Streichers? Weiß er denn nichts von dem nationalsozialistischen Programm, das jetzt mit mathematischer Genauigkeit durchgeführt wird? Nichts von der Gleichschaltung, von der, der jüdische Arzt, Advokat, Staatsbeamte und Angestellte betroffen wird? Glaubt er denn wirklich, daß es die heutigen Machthaber in Deutschland gewagt hätten, nach dem sie in 14jähriger konsequenter Arbeit den Massen eingetrichtert haben, daß das Judentum ausgerottet werden müsse, diesen Programmpunkt, der doch am leichtesten durchgeführt werden kann, jetzt außer acht lassen!

Worin liegt die Schuld des Judentums nach Zenker, daß die deutsche Regierung entgegen ihren ursprünglichen Plänen, den Judenpunkt des Programms durchführen mußte? „Die Juden haben es geduldet, daß berufene Kreise und Personen das ganze Judentum zum Kampfe gegen die gesetzliche Verfolgung jüdischer Verbrecher aufrufen konnten.“ Dadurch, daß sich das Weltjudentum nicht von den kommunistischen Hetzern distanziert hat, habe es sich mit diesen Hetzern solidarisch erklärt und auf Grund dieses Trugschlusses kommt Zenker zu dem Ergebnis, daß das gesamte Judentum und Kommunismus identisch ist. Das, Herr Zenker, ist das logische Ergebnis Ihrer Beweisführung! Herr Zenker, das wollen Sie mit Ihren Ausführungen beweisen! Und dabei müssen Sie doch wissen, daß Judentum und Kommunismus zwei Richtungen sind, die diametral entgegengesetzt sind. Was hat das Judentum denn von der kommunistischen Weltrevolution zu erwarten? Das Schicksal des russischen Judentums, das vernichtet ist, gibt darauf die Antwort. Was hat das deutsche Judentum im besonderen vom Kommunismus zu erwarten? Herr Zenker als Soziologe muß doch wissen, daß der Kommunismus für das deutsche Judentum nach dessen wirtschaftlicher Konstruktion nur den vollständigen Ruin bedeuten kann. Glaubt Herr Zenker wirklich, daß Gelehrte wie Bondek oder Einstein, Künstler wie Klemperer oder Walter kommunistische Propaganda getrieben haben? Und doch ist man gegen diese vorgegangen, als von der „Greuelpropaganda“ noch nichts zu merken war.

Es kann nicht meine Aufgabe sein, den Gründen nachzuforschen, warum die Mehrheit des deutschen Volkes, das 63 Millionen zählt, die Vernichtung von 600.000 Juden will; aber es muß als Demagogie im übelsten Sinne gebrandmarkt werden, wenn ein Mann mit der Vergangenheit des Herrn Zenker, dafür die kommunistische Betätigung einzelner verantwortlich macht und das gesamte Judentum der Förderung dieser Tätigkeit einzelner beschuldigt. Was ist es anderes als Demagogie im übelsten Sinne, wenn Herr Zenker erklärt: Je größer aber die Zahl

der ausgewiesenen, flüchtigen und gefangenen Juden ist, desto schlimmer ist es für die innere Einstellung der deutschen Juden zu dem wiedererwachten deutschen Volke.

Da nun Herr Zenker ein Mann ist, der „jederzeit die Autonomie aller Völker verteidigt hat“, also einmal ein Demokrat war, muß er doch den Juden Ratschläge geben, wie sie sich verhalten sollen: er empfiehlt daher den Juden, daß sie ihre Stellung zum deutschen Volke revidieren und Anteil nehmen an der nationalen Erhebung des deutschen Volkes. „Möge der in Frankreich lebende Jude Franzose, der unter den Tschechen lebende Tscheche sein — wir finden dies in Ordnung.“ Der deutsche Jude muß sich daher als Deutscher bekennen. Nicht das Bekenntnis des einzelnen ist maßgebend und mag der einzelne sich als Deutscher fühlen, sein Bekenntnis wird wirkungslos bleiben, wenn die Gegenseite dieses Bekenntnis ablehnt und ihn niemals als Angehörigen des deutschen Volkes anerkennt! Die Vorfälle der letzten Wochen haben es bewiesen, daß der Jude deutscher Nationalität entwurzelt ist und die Ereignisse nicht versteht, ihnen fassungsloser gegenübersteht als der Jude, der immer behauptet hat, daß er ein Angehöriger des jüdischen Volkes ist.

Herr Zenker, Sie richten Ihre Forderungen an die Juden in dieser Republik! Sie sagen: Wenn aber die auch hier in dieser Republik unter uns Deutschen lebenden Juden sich als Zionisten, Kommunisten, Internationale oder was sonst erklären und alles eher als Deutsche sein wollen, dann vertiefen sie die Kluft zwischen sich und dem deutschen Volke und haben es sich selbst allein zuzuschreiben, wenn auch alle jene immer noch zahlreichen Deutschen, die keine Antisemitenten im eigentlichen Wortsinne sind, in allen Bestandes- und Lebensfragen zu ihrem Volk und nicht zu den Juden stehen. Wissen Sie nicht, daß gerade die Juden, die die von Ihnen empfohlene Politik betrieben haben, in den letzten Tagen Schiffbruch gelitten haben. Sie müssen es ja wissen, daß man Herrn Dr. Rosche in die deutsche gemeinsame Front aufnehmen will, aber die Juden der deutsch-demokratischen Partei, die nach Ihren Ratschlägen gewirkt haben, ausschließt. Sie erweisen sich als ein schlechter Demokrat, Herr Zenker, wenn Sie die moralische Situation der Juden erschweren, dadurch daß Sie ihnen abraten, sich dorthin einzustellen, wohin sie gehören: in die Reihen des bewußten Nationaljudentums. Die Juden in diesem Staate werden ihre Stellung zum deutschen Volke revidieren müssen, aber nicht in Ihrem Sinne, Herr Zenker, sondern im Sinne eines mannhaften und positiven Bekenntnis zum Judentum. Dann — wir sind davon überzeugt — werden die Juden auch in diesem Staate zu einem erträglichen Verhältnis des Zusammenlebens mit den Deutschen kommen.

Die Juden wollen ihre eigene Politik machen. Sie fahren damit besser, als wenn sie sich von Demokraten vom Schlage des Herrn Zenker beraten lassen, der trotz seiner demokratischen Vergangenheit es zustandebringt, den Juden mit Pogromen zu drohen. Denn nur so kann der Schlußsatz seines Artikels verstanden werden: Wenn die Juden auch diesen wirklich wohlmeinenden Rat wieder als Antisemitismus ablehnen sollten, dann würden sie nur beweisen, daß sie unbelehrbar und noch lange nicht am Rande ihrer trüben Erfahrung sind.

Ehrlichkeit im politischen Leben ist gut. Herr Zenker, wenn Sie diesmal offen und ehrlich bekannt haben, wie Sie denken, dann wissen die Juden in diesem Staate, was sie erwarten können, wenn sie sich von Ihnen beraten lassen.

Wenn Sie aber den Juden ehrlich und offen bekannt haben, wie Sie sich zur Judenfrage einstellen, dann hätten Sie aber auch ehrlich bekennen müssen, daß Sie den in Frage stehenden Artikel als Entschuldigung und Rechtfertigung für Ihre politische und „persönliche“ Vergangenheit geschrieben haben. Die Abrechnung war gründlich. Vielleicht finden Sie doch die Absolution, die Sie erwarten!

Dr. Artur Freund.

Anhaltender wirtschaftlicher Fortschritt in Palästina

Die Wirtschaftszeitung „Industrie und Handel“ berichtet aus Tel Awiw: Das letzte Halbjahr stand im Zeichen fortgesetzten Zuflusses neuer Menschen und neuen Kapitals, das im wesentlichen in Orangenplantagen und in Bauten und zum kleineren Teile in der übrigen Industrie Anlage fand. Diesem Kapitalzufluß, der auch in dem für das Land beträchtlichen Depotstand in den Banken in Erscheinung tritt, ist es zuzuschreiben, daß das Land trotz der passiven Handelsbilanz in seiner Zahlungsbilanz aktiv ist. Die Entwicklung der letzten Jahre führt allerdings auch zu einer Verbesserung der Handelsbilanz, deren Passivität von 75 Prozent und höher Ende 1932 auf 55—50 Prozent zurückgehen dürfte.

Die Barclays-Bank teilt in ihrem Bericht zur Wirtschaftslage im Monat März mit, daß die Grapefruchtpreise auf den ausländischen Märkten von 13 auf 19 Schilling für die Kiste gestiegen sind. Die Ernteaussichten seien, wenn noch genügend Regen kommt, befriedigend und der Touristenbesuch habe sich trotz der Krise im Auslande verbessert. Die Einwanderung bewege sich auf der Höhe von über 2000 Personen im Monate.

Heutige Möglichkeiten in Palästina

Palästina kann denjenigen Juden in Deutschland, deren Existenzaussichten durch die neue politische Wendung zerschlagen sind, zur Zuflucht werden, falls sie bereit sind, zur Landwirtschaft überzugehen und die dafür erforderlichen Voraussetzungen erfüllen. Zu diesen Voraussetzungen gehört bei Leuten, die infolge ihres Alters oder mangelnder physischer Kraft zu schwerer Arbeit nicht geeignet sind, sondern dafür Lohnarbeiter beschäftigen müssen, bei bescheidener Lebenshaltung ein Kapital von mindestens 3000 £; bei jungen, kräftigen Leuten im Alter bis zu 30 Jahren, die sich noch auf die Landwirtschaft und auf ein hartes und entbehrungsreiches, aber friedliches und mit der Natur verbundenes Leben umstellen können, ein Kapital von 1000 bis 1200 £; bei jungen, kräftigen Leuten von 16 bis 20 Jahren, die mindestens während eines Jahrzehntes als Lohnarbeiter und in der eigenen Wirtschaft weit über das durchschnittliche Maß hinaus arbeiten und sich in dieser Zeit mit dem baren Existenzminimum begnügen müssen, ein Kapital von 400 £. Die beiden letzteren Kategorien sollen erst dann zur Begründung einer eigenen Wirtschaft schreiten, wenn sie während einer Probezeit von ein bis drei Jahren ihre Eignung für die landwirtschaftliche Arbeit bewiesen haben.

Außer der Landwirtschaft kann die Industrie eine Existenzquelle für diejenigen werden, die gründliche Fachkenntnisse und wenigstens einen erheblichen Teil des erforderlichen Kapitals für einen Industriezweig haben, der in Palästina günstige Produktions- und Markt-Bedingungen hat. Ob dies zutrifft, kann nur von Fall zu Fall festgestellt werden.

Die Aussichten für Akademiker (Aerzte, Zahnärzte, Ingenieure, Rechtsanwälte) sind schlecht, da diese Berufe in Palästina bereits überfüllt sind. Rechtsanwälte werden außerdem nur nach einer Prüfung, die in englischer oder hebräischer Sprache abgehalten wird und eine längere Vorbereitung erfordert, zur Praxis zugelassen. Sehr geringe Aussichten bestehen auch für Detailkaufleute und kaufmännische Angestellte, da alle Handelszweige stark besetzt sind und Neuankömmlinge gegenüber den schon im Lande befindlichen, orts- und sprachenkundigen Handelstätigen einen schweren Stand haben. Handwerker, die in ihrem Fache tüchtig sind und mindestens 250 £ besitzen, finden in vielen Fällen noch ein Unterkommen. Ungelernte Arbeiter ohne Kapital werden nur im Rahmen der wirtschaftlichen Aufnahmefähigkeit Palästinas auf Grund von Zertifikaten zur Einwanderung zugelassen.

Kapitalisten, die ihr Geld in Palästina in sicheren Hypotheken langfristig anlegen wollen, können auf eine Verzinsung von 7—8 Prozent rechnen.

Die Kosten des Lebensunterhalts einschließlich Wohnung, Kleidung, Steuern usw. betragen in einer Stadt im Durchschnitt für Familien von drei bis vier Seelen bei Arbeitern 10 £ monatlich, bei Familien von Handwerkern, kleinen Kaufleuten, Bureauangestellten 15 bis 20 £, bei leitenden Angestellten, Aerzten, Rechtsanwälten 25 bis 50 £. In den landwirtschaftlichen Siedlungen sind die Kosten etwa 25 Prozent niedriger.

Dr. Arthur Ruppin.

Zeit der Wüstenwanderung — Zeit der Offenbarung

Eine Mahnung Martin Bubers an das deutsche Judentum in seiner Schicksalsstunde.

Die „Jüdische Rundschau“ veröffentlicht an der Spitze ihrer letzten Nummer unter dem Titel „Das Erste“ ein Wort Martin Bubers an das deutsche Judentum. Es heißt dort u. a.:

Die deutschen Juden sind mit dem jüdischen Weltschicksal konfrontiert worden. Was immer nun weiter geschieht, sie werden nicht mehr anderswoher als von dieser Konfrontation aus leben können. Ob sie aber als durch die Zerschlagene oder als durch sie Erhobene leben werden, das liegt — trotz allem — an ihnen selber. Daß diese Stunde eine Probe des Christentums ist, diese wichtige Tatsache geht nicht uns an; uns geht an, daß sie eine Feuerprobe des Judentums ist. Was uns widerfährt, ist, auch wenn es uns ans Mark greift, nicht das entscheidende; das entscheidende ist, wie wir uns dazu verhalten, — was wir daraus machen, was es aus uns macht; gerade, weil es uns ans Mark greift, kommt es darauf an, was nun von diesem, von dem innersten ausgeht. Es hat sich zu erweisen, wie wir zuinnerst beschaffen sind. Das erweist sich, bei der Gemeinschaft wie bei der Person, erst in der grausamsten Not. Was wir wirklich sind, tut sich erst kund, wenn es uns ans Sein geht; bis dahin wußten wir es selbst nicht; jetzt werden wir es zu wissen bekommen, jetzt wird es gewußt werden.

Das erste, dessen der deutsche Jude in dieser Probe bedarf, ist eine neue Rangordnung der persönlich-existentiellen Werte, die ihn befähigt, der Situation und ihren Wechselfällen standzuhalten. Die alte Rangordnung beruhte auf einem System von Sicherungen: Sicherung des Lebens, der Berufsstellung, des Besitzes. Diese Sicherungen sind erschüttert oder zusammengebrochen. Wenn wir in der alten Wertordnung, für die sie bestimmt war, verharren, sind wir verloren; dann, erst dann wäre das was uns widerfährt, kein bloßes Unglück, sondern ein Untergang. Nicht aber sind wir verloren, was immer geschehe, wenn wir erkennen, daß über jenen Daseinswerten andere stehen, über der Wahrung des Besitzes die Wahrung unseres eingeborenen Selbst, über der Treue zum Beruf die Treue zu unserer Berufung, über der Verbundenheit mit dem Leben, zuoberst, die Verbundenheit mit dem Unnennbaren, die Gebundenheit an den Bindenden, die echte Freiheit, der echte Dienst. Wenn wir unser Selbst wahren, kann nichts uns enteignen. Wenn wir unserer Berufung treu sind, kann nichts uns entrechten. Wenn wir mit Ursprung und Ziel verbunden bleiben, kann nichts uns entwurzeln, und keine Gewalt der Welt vermag den zu knechten, der in der echten Dienstbarkeit die echte Seelenfreiheit gewonnen hat.

Es ist uns überliefert (Kohelet Rabba III 15), Gott „suche den Verfolgten auf“, auch wenn der Verfolger gerecht, auch wenn der Verfolgte ungerecht ist. Wir wissen, daß, wie immer es um die Gerechtigkeit zwischen uns und den anderen steht, wir unserm Ursprung und Ziel gegenüber ungerecht sind. Wir haben lange einer falschen, leeren, schlechten Freiheit angehangen, einer Freiheit ohne Richtung und Sinn. Nun sind wir in die Unfreiheit getan worden und an Besitz, Beruf und Leben andrer Macht, andrer Ordnung, andrem Gebot: der Macht, der Ordnung und dem Gebot der Menschen untertan. Aber in dieser Unfreiheit werden wir von Gott aufgesucht, — mitten in der Heimsuchung sucht er uns auf. Wenn wir uns ihm zuwenden, dem Wahn der falschen Freiheit mit all ihren trügerischen Sicherungen fahren lassen, zur Gottesfreiheit, die die Gottesgebundenheit ist, umkehren, wird sich dieses Taumeln durch die finstere Schlucht als ein Weg, als unser Weg ins Licht manifestieren.

Ein führender protestantischer Theologe hat mir in diesen Tagen geschrieben: „Ihr Volk hat ja immer „in der Tiefe“ Gott finden müssen und ist damit der ganzen Menschheit zum Segen geworden ... Die Zeit der Wüstenwanderung, die jetzt für Sie begonnen hat kann ja auch eine Zeit großer Offenbarung werden. Gott gebe es.“ Gott gebe es.

Die Seuche

Unser aller Auge ist auf Deutschland gerichtet. Von schmerzlichem Mitgefühl sind wir Tag für Tag Zeugen dessen, wie das noch vor kurzem so stolze Gebäude des deutschen Judentums in Nichts zusammensinkt, wie Basteien, die in die Zeit zu ragen schienen, beim ersten Anprall des bösen Sturmes wie Kartenhäuser stürzen. Wir sinnen nach Mitteln zu helfen: Natürlich müssen wir zunächst die Not des Augenblickes lindern; Gastfreundschaft und Nothilfe sind die ersten jüdisch-menschlichen Pflichten, die wir auf uns zu nehmen haben. Wir versuchen durch einen Druck von außen den inneren Druck, der schrecklich auf unseren deutschen Brüdern lastet, zu verkleinern. Wir bahnen Wege an, um die Tore Erez Israels für die Heimatlosen zu öffnen und sie in den Rahmen unseres nationalen Wiederaufbauwerkes einzuordnen.

Wir vergessen dabei auch nicht an die Lehre, die uns von diesem historischen Ereignis erteilt wird. Es wird uns klarer und krasser denn je von der Wirklichkeit vordemonstriert, wie unsicher die bedeutendsten jüdischen Wirtschaftspositionen in der Galuth sind, wie wurzellos der jüdische Geist trotz jedes scheinbaren Verwurzeltseins in fremdem Boden herumirrt, wie sehr wir in unserer Zerstreuung politisch ohnmächtig sind. Die Geschichte lehrt uns und wir müssen fleißige Schüler sein. Unser Ziel, die wirtschaftliche, kulturelle und politische Konzentration des jüdischen Volkes in Erez Israel muß in uns erstarken und aus uns die erzieherisch-propagatorischen Kräfte auslösen, die nötig sind, um es als Ziel der ganzen, aus ihrem Schlummer aufgerüttelten Weltjudenheit zu stecken. Die Bewegung muß ein breiter Strom werden, die Organisation ein festgefügter Rahmen und das Aufbauwerk die brennende Arbeit von heute und morgen.

Durch diese beiden Fragen aber, durch die Frage der ersten Reaktion auf die Ereignisse in Deutschland und durch die Frage der jüdischen und zionistischen Erkenntnisse, die wir angesichts der geänderten Lage gewinnen müssen, wird eine dritte, nicht weniger wichtige und aktuelle Frage in den Hintergrund gedrängt: die Frage der Stellungnahme zu den politischen Formen, welche die unmittelbare Ursache der jüdischen Katastrophe in Deutschland sind, die Stellungnahme zu Fascismus und Diktatur. Dies ist keine innerdeutsche Frage, vielmehr ist sie eine europäische und Weltfrage und als solche par excellence eine Frage des Judentums und des Zionismus. Sie ist für den Zionismus doppelt aktuell wegen der bekannten empfindlichen innerzionistischen Reaktion auf jedes Geschehnis des weltpolitischen Kampfplatzes. Und tatsächlich haben wir bereits handgreifliche Beweise der zionistischen Aktualität dieses Problems. Ich meine nicht nur den Operettenputsch Jabotinskys — wenn auch dessen Gleichzeitigkeit mit den deutschen Ereignissen sicherlich unschuldiger Zufall ist — sondern auch gewisse Erscheinungen in Erez Israel und anderswo, auf die man wohl noch in anderem Zusammenhange zurückkommen wird. (Es wäre hier nur vor einer Bagatellisierung dieser Erscheinungen zu warnen und ins Gedächtnis zu rufen, daß Hitler noch vor einigen Jahren vom Großteil der deutschen Presse als Phantast abgetan wurde und daß diejenigen, die statt ihn und seine Bewegung, vor allem aber die Erziehung der Jugend in seinem Geist zu bekämpfen, sie unterschätzt haben, ein vollgerüttelt Maß der Verantwortung für die Entwicklung der Dinge trifft.

Es ist nicht meine Absicht, das Problem hier umfassend zu behandeln. Ich will nur darauf hinweisen und eventuell eine Diskussion darüber einleiten. Ich führe zwei Gesichtspunkte an, die eigentlich beide Binsenwahrheiten sein sollten.

Erstens: Die Zionistische Organisation als freiwillige Volksorganisation kann nur auf der Grundlage der Demokratie bestehen. Ein Staat, der als Zwangsorganisation ein normales Volk umfaßt, kann verschiedene Krankheiten mit kleinerem oder größerem Schaden überleben, auch die fascistische Diktatur. Eine zionistische Organisation zerfällt in dem Augenblicke, wo ihr die demokratische Basis entzogen wird. Die Begeisterung für ein „strammes Kommando“ — die, wie uns die Geschichte lehrt, stets nur eine zeitgebundene Erscheinung, eine „Modeerscheinung“ war — kann darüber eine Zeitlang hinwegtäuschen, dann kommt aber das sichere Debacle. Jeder Versuch, Jugend in einem kraftmeierischen, von Persönlichkeitskult beherrschten Sinne zu erziehen, führt zwangsläufig zur Verachtung der Demokratie und Verherrlichung der Diktatur — und was daraus für uns folgt, versuchte ich oben darzustellen. Diese Behauptungen wurden in der letzten Zeit im kleinen durch die bekannten Vorgänge im revisionistischen Lager wieder auf das eindringlichste bewiesen.

Zweitens: Die zionistische Bewegung läuft ständig Gefahr, einer gewissen „Assimilation“ zu verfallen, d. h. Formen der nichtjüdischen Außenwelt blind und kritiklos zu kopieren. Natürlich müssen wir aus dem Geschehen in der Umwelt lernen, müssen uns die Entwicklung um uns zunutze machen, soweit sie unserem Geiste entspricht oder ihm anzupassen ist. Die Verherrlichung der Gewalt, Selbstanbetung unter gleichzeitiger Geringschätzung alles Andersgearteten, blinder Gehorsam mit Ausschaltung jeder Vernunftskontrolle sind unserem Geiste fremd, und ihnen zu dienen, heißt einer Assimilation im obigen Sinne verfallen. Vielleicht gefährlicher als durch den deutschen Antisemismus kann uns der Fascismus durch Eindringen dieser Fremdstoffe in die Seele unserer Jugend werden. Jahrzehntelange Erziehungsarbeit kann zunichte gemacht, der Aufbau des Landes kann gefährdet werden, wenn es dem Giftstoff, der heute unsere äußeren Leiden verursacht, gelingt, ins Innere einzudringen. Und wenn wir uns in den Reihen unserer Jugend umschauen, sehen wir ernst und drohend die Gefahr aufsteigen. Caveant consules! ...

Wenn eine Seuche durch das Land zieht, ist es natürlich wichtig, die Kranken zu heilen. Man wird auch daran gehen, die Symptome der Krankheit zu beobachten, um sie der ärztlichen Wissenschaft nutzbar zu machen. Erstes Gebot aber in einer solchen Stunde ist, die Gesunden vor Ansteckung zu hüten.

Aehnlich muß auch unser Verhalten gegenüber der Idee von Fascismus und Diktatur sein. Wir müssen vorbeugen und auch den kleinsten Bazillus von unseren Reihen fernhalten, es sei denn, daß wir unsere zionistische Demokratie auf die gangbare Münze der Tagesmode einwechseln wollen.

Schweigen, verschweigen ist hier nicht mehr am Platze. Wir müssen die Gefahr klar sehen, um ihr steuern zu können. Wir müssen eindeutig Stellung nehmen zu den Kräften, die uns nicht nur von außen bedrohen, sondern auch in unserer Jugend sich einnisten wollen. Wir dürfen nicht in den Fehler verfallen, der die deutsche Demokratie ihr eigenes Grab schaufeln ließ. Wir dürfen nicht die Verantwortung übernehmen, die zionistische Bewegung durch unsere Passivität auf den Weg des Ruins geführt zu haben.

Dow Jizchaki.

Die Grundlage ist der Boden

Die für die Juden so katastrophalen Geschehnisse in Deutschland haben die zionistische Bewegung vor neue große Aufgaben gestellt. Wiederum hat sich die Zahl der Länder, in denen den Juden der Lebensquell versiegt, vermehrt. Ein neuer Emigrantenstrom flutet durch die Welt und sucht Unterkunft. Aber selbst die liberalsten Länder, die den geflüchteten deutschen Juden vorübergehend ein Asylrecht gewähren, wehren sich jedoch dagegen, daß die Emigranten sich bei ihnen dauernd niederlassen und ihren Beruf ausüben. Ein einziges Land bildet eine Ausnahme — Palästina. Der jüdische Jischuw im Lande macht die größten Anstrengungen, um einer möglichst großen Zahl von deutschen Juden die Einreise und dauernde Niederlassung zu ermöglichen. Jedes Schiff, das in den vergangenen Wochen einen palästinensischen Hafen anlief, brachte Einwanderer aus Deutschland. Wenn es heute jedoch noch nicht möglich ist, daß Palästina alle Juden, die Deutschland verlassen müssen, aufzunehmen imstande ist, so trägt nicht das Land und der jüdische Jischuw die Schuld daran, sondern die Juden der Diaspora, die in dem vergangenen Jahrzehnt des Aufbaues der jüdischen Heimstätte ihre primitivste Pflicht gegenüber den nationalen Fonds verabsäumt haben.

Nun gilt es jedoch zu handeln und nicht zu klagen. Wenn Palästina die neue Einwanderung ohne Störung des Wirtschaftslebens absorbieren soll, dann ist es notwendig, daß ein großer Teil der neuen und kommenden Einwanderer in der Landwirtschaft eingeordnet wird. Dafür ist aber die erste Voraussetzung eine ausreichende Bodenreserve des Jüdischen Nationalfonds. Der jüdische Bodenbesitz hat sich jedoch in den letzten Jahren, die Palästina einen gesunden und erfreulichen Aufschwung brachten, nicht in dem erwünschten und erforderlichen Maße vermehrt.

Dieses Problem wurde kürzlich in einer Pressekonferenz beleuchtet, zu welcher der Keren Kajemeth die Journalisten Palästinas eingeladen hatte, bei dem der Leiter der Boden-Abteilung des Keren-Kajemeth, J. Waitz, einen an Zahlen und Tatsachen reichen Bericht erstattete. Eine Ziffer prägte sich deutlicher als alle anderen dem Bewußtsein der Anwesenden ein: die gesamte in den letzten zwei Jahren vom Keren Kajemeth und privaten Unternehmern erworbene Bodenfläche beträgt nämlich im ganzen 33.300 Dunam, also nicht mehr als die Fläche eines einzigen ansehnlichen Rittergutes in Europa; von diesen 33.300 Dunam hat der Keren Kajemeth 61.4 Prozent erworben, die verschiedenen privaten Unternehmer zusammen aber nur 38.6 Prozent.

Diese Ziffer legte auch Ussischkin den Ausführungen zugrunde, mit denen er die Anfragen und kritischen Bemerkungen der Journalisten beantwortete, in der seine tiefe Besorgnis über die Gefährdung des nationalen Werkes, sein Vorwurf an die, welche den Ernst der Stunde nicht einsehen wollen, mitklang und starken Eindruck auf die Zuhörer machte.

Die Ursache für die gewaltig übertriebenen Gerüchte über private jüdische Erwerbungen liegt darin, daß es sich hier meistens um Käufe aus zweiter und dritter jüdischer Hand, also um einen internen Besitzwechsel handelt, durch den der jüdische Bodenbesitz nicht vergrößert wird, der vielmehr dazu dient, die Preise so in die Höhe zu treiben, daß es den privaten Käufern, wie auch dem Keren Kajemeth unmöglich wird, überhaupt noch Land in der Küstenzone zu erwerben. Daß die Käufe durch den Keren Kajemeth, die früher durchschnittlich 29.000 Dunam betrugen, in den letzten vier Jahre auf durchschnittlich 13.000 Dunam herabgesunken sind, ist nicht nur eine Folge der geringen Einkünfte des Keren Kajemeth, der selbstverständlich auch unter der internationalen Wirtschaftskrise leidet — es ist auch eine Folge dieser Preistreiberei privater Kreise.

Die Erkenntnis, daß der Jüdische Nationalfonds über keine wesentlichen Bodenreserven mehr verfügt, die neuen Einwanderer jedoch dringend Boden unter den Füßen benötigen, muß jeden Zionisten aus seiner Ruhe scheuchen und zur Arbeit für unseren Bodenfonds mobilisieren. Die Aktion, die der KKL. jetzt allüberall durchführt, soll die Möglichkeiten schaffen, um neue große Bodenareale für das jüdische Volk in Palästina zu erwerben. Für das jüdische Volk, das sie dringender denn je benötigt.

An die Juden aller Länder

Die Ereignisse in Deutschland bedeuten einen tragischen Wendepunkt in der Geschichte unseres Volkes. Was sich heute in Deutschland abspielt, geht nicht nur unsere Brüder im Lande an, es trifft uns alle aufs tiefste. Mehr denn je fühlen wir uns mit den Juden Deutschlands in dieser Stunde ihrer Not aufs innigste verbunden. Wir teilen ihren Schmerz; wir bewundern den Mut und die Tapferkeit, mit der sie ihr Schicksal tragen; wir sind ihnen dankbar für die Würde, mit der sie den jüdischen Namen und die jüdische Ehre hochhalten ;wir sind überzeugt, daß sie ihre vollen Bürgerrechte und alle ihre wirtschaftlichen Positionen in dem Lande, dem sie durch lange Generationen ihre besten Kräfte gewidmet haben, mannhaft verteidigen werden.

Diese Gefühle brüderlicher Solidarität und das Bewußtsein tiefster Schicksalsverbundenheit müssen so rasch als möglich zur konkreten Tat reifen.

Eine großzügige wirtschaftliche Hilfsaktion für die Juden in Deutschland muß sofort einsetzen. Schon sind Tausende jüdischer Familien brotlos, weitere Tausende können in den nächsten Wochen vor demselben Schicksal stehen. Tausende von Flüchtlingen sammeln sich in den verschiedenen Ländern Europas. Die jüdischen Gemeinden dieser Länder machen alle Anstrengungen, ihren heimatlos gewordenen Brüdern die erste Hilfe zu leisten. Aber es wird der planmäßigen gemeinsamen Anstrengung unser aller bedürfen, um auch für die Zukunft zu sorgen.

In diesem tragischen Augenblick unserer Geschichte ist Erez Israel mehr denn je in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit und der Hoffnung der Juden aller Länder gerückt. Wie schon so oft in unserer Geschichte, sieht eine nach Hunderttausenden zählende jüdische Gemeinschaft die Grundlage ihrer Existenz erschüttert. Tausende und aber Tausende müssen zum Wanderstab greifen. Deutschland ist zu einem Hauptzentrum jüdischer Wanderungsnot geworden. Wohl haben die Nachbarländer Deutschlands einen Teil der Flüchtlinge zunächst aufgenommen, aber die zu erwartende Massenauswanderung aus Deutschland steht ebenso wie die gesamte jüdische Emigration vor der Schicksalsfrage: Wohin?

Während im Mittelalter die osteuropäischen Länder, im 19. Jahrhundert die überseeischen Länder der jüdischen Einwanderung ihre Tore offen hielten, stehen wir jetzt einer fast völlig abgeschlossenen Welt gegenüber. Palästina, mit seiner stetig wachsenden Landwirtschaft und Industrie, mit seiner dauernd sich vergrößernden Aufnahmefähigkeit für jüdische Einwanderer, bildet heute unsere größte Hoffnung.

Die Führung der zionistischen Bewegung und der Jewish Agency hält es in diesem Augenblick für ihre Pflicht, der gesamten gesitteten Welt im Lichte der letzten Ereignisse erneut die zentrale Bedeutung Palästinas für die grundsätzliche und radikale Lösung der Judenfrage vor Augen zu führen. Sie bemüht sich mit aller Kraft, von der Mandatsregierung jetzt schon das Maximum an Einwanderungserleichterungen zu erlangen und hegt die feste Hoffnung, daß es ihr möglich sein wird, schon im Laufe der nächsten Wochen einigen tausend jüdischer Männern und Frauen aus Deutschland neben dem stetigen Einwanderungsstrom aus Osteuropa das Betreten des palästinensischen Bodens zu ermöglichen. Wir halten es für unsere Pflicht, die großen wirtschaftlichen und kulturellen, schöpferischen Kräfte, die in der deutschen Judenheit vorhanden sind, soweit als nur irgend möglich dem Aufbau der nationalen Heimstätte in Palästina in brüderlicher Gemeinschaft mit den jüdischen Pionieren aus anderen Ländern dienstbar zu machen.

Die unmittelbare Hilfsaktion wird bedeutende Geldbeträge erfordern und Zionisten wie Nichtzionisten müssen mit aller Kraft an der Aufbringung dieser Mittel mitarbeiten. Aber die gegenwärtige tragische Situation verlangt weitsichtige und konstruktive Pläne und im Mittelpunkte aller konstruktiven Arbeit muß Palästina stehen. Wir planen in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und führenden Kreisen der Judenheit die Gründung eines großen (Palästina-) Fonds, mit dessen Hilfe die Einwanderung und Seßhaftmachung Tausender von deutschen Juden in Palästina möglich werden soll. Wir rufen alle Juden, denen das tragische Schicksal der Juden Deutschlands und der Aufbau der jüdischen nationalen Heimstätte in Palästina am Herzen liegen, auf, sich für diese große Arbeit bereit zu halten.

Exekutive der Jewish Agency. *London, Nissan 5693 (April 1933).*

Das Exposé Minister Beneš’

Beglückwünschung Chamberlains / Eine sehr wichtige Bemerkung über das Minoritätenrecht

In der großen außenpolitischen Rede Minister Dr. Beneš’ sind zwei Stellen, welche für die jüdische Politik von Bedeutung sind. In ungewöhnlich herzlicher Weise beglückwünschte der Minister Sir Austin Chamberlain zur Rede, die er am 13. April im Unterhaus gehalten hat.

Beneš führte aus:

Die Stimme einzelner Redner sollte in der ganzen Welt gehört werden und den Worten des ehemaligen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten Sir Austin Chamberlain, mit welchem ich die ganzen Jahre freundschaftlich und in voller Uebereinstimmung bei den ernstesten Fragen der Nachkriegspolitik zusammenzuarbeiten die Ehre hatte, kann ich nichts anderes hinzufügen, als meinen wahrhaft aufrichtigen Glückwunsch.

Diese Beglückwünschung ist um so bemerkenswerter, als Chamberlain es war, der sich im englischen Parlament und wohl in der ganzen Welt in der Verurteilung der deutschen Judenverfolgung am weitesten vorgewagt hatte und am deutlichsten dem Abscheu vor diesen Taten der deutschen Regierung an sehr resonanzkräftiger Stelle Ausdruck gegeben hat.

Zur Frage des Minoritätenrechtes sagt Dr. Beneš:

„Die Autoren des Völkerbundübereinkommens waren sich dessen bis zu dem Maße bewußt, daß sie allen Staaten, bei denen Grenzstreitigkeiten entstehen könnten, Verträge zum Schutze der Minderheiten aufgezwungen haben, gerade deshalb, damit die Frage der Grenzänderung nicht gestellt werden müßte und damit keine Gründe für eine Revision vorhanden wären. Ich selbst glaube, daß sie solche Verträge nicht nur den neuen Staaten hätten aufzwingen sollen. Heute, nach fünfzehn Jahren, haben wir bereits genug Erfahrungen und wir wissen alle, daß jene recht haben, welche nach einer Verallgemeinerung und Verschärfung des Minoritätenschutzes in Europa überhaupt, nach einer Verschärfung der Kontrolle der Minderheiten rufen, damit diese wiederum umgekehrt ihren Staaten gegenüber loyal bleiben müssen. Heute ist jedem klar, daß sich die Freiheit der Minderheiten und das Recht auf ihr freies politisches Leben nur in einem demokratischen Regime wahren läßt und daß der effektive Schutz der Minderheiten fast in allen Staaten notwendig ist, welche Minderheiten besitzen. Die Tschechoslowakei wird sich für diese Politik im Völkerbunde entschieden einsetzen.“

Dieses Problem ist für die jüdische Politik von ausschlaggebender Wichtigkeit. Bekanntlich sind bei den Friedensverhandlungen den kleinen Staaten Minoritäten-Schutzverpflichtungen auferlegt worden; die Großstaaten waren von dieser Klausel ausgenommen, und zwar aus dem Grunde, weil es zu dieser Zeit als selbstverständlich galt, daß keine der Großmächte in jenen Zustand der Barbarei zurückfallen könnte, der eine solche Schutzklausel für die Minoritäten erst noch als ausdrückliches Recht notwendig machen würde. Die Welt hat sich getäuscht. Es ist möglich geworden, was am Schlusse des Weltkrieges als unmöglich galt. Es ist nicht nur möglich geworden, die Wirklichkeit übertrifft die schwärzesten Vorstellungen, die man von der Notwendigkeit eines Minoritätenschutzes in irgendeinem Lande hätte haben können.

Es gibt hier in Wahrheit nur eine Konsequenz. Der Minoritätenschutz, der für alle Länder und Völker gilt und nur für jene nicht kodifiziert worden ist, für welche er als selbstverständlich galt, muß nun auch für jenes Land rechtliche Geltung erlangen, welches dieser „Selbstverständlichkeit“ in so grausamer Weise Hohn gesprochen hat.

INLAND

Zionistische Propaganda in Nordböhmen.

In der vergangenen Woche unternahm der Prager Techeleth Lawan eine Fahrt nach Reichenberg und Gablonz wo die Revue „Ahasver“, die in Prag einen so großen Erfolg errungen hatte, vorgeführt wurde. Die zionistische Organisation ist sich dessen bewußt, daß es in der heutigen Zeit nicht mehr genügt, zionistische Propaganda allein mit Rednern zu bestreiten. Man muß alle Mittel ausnützen, die die heutige Zeit bietet, und sie in den Dienst der Propaganda stellen. Wie wirksam gerade eine Verbindung von Musik, Sprech- und Bewegungschören, Rezitation und Rede ist, beweist die Revue „Ahasver“. Beide Abende waren von den lokalen zionistischen Ortsgruppen gut vorbereitet und hatten einen vollen Erfolg. Am 22. April nachmittags fuhren 80 Mitglieder des Techeleth Lawan, welche sich aufopferungsvoll und mit großer Lust und Liebe in den Dienst dieser Propagandatätigkeit gestellt hatten, nach Reichenberg, wo am Abend in einem überfüllten großen Saale die erste Vorführung stattfand. Die Vorführung stand auf einem vortrefflichen Niveau und hinterließ bei all den vielen Anwesenden einen guten Eindruck. Der Ruf dieses gelungenen Abends ging darum auch dem Techeleth Lawan schon nach Gablonz voraus, wo Sonntag abends ebenfalls eine überaus zahlreich besuchte Vorstellung stattfand.

Beide Abende waren ein Versuch, ein gelungener Versuch. Es hat sich auch hier gezeigt, daß diese Art der Propaganda neue Menschen für die zionistische Bewegung zu gewinnen imstande ist, die bisher abseits standen. Dafür muß dem Prager Techeleth-Lawan, vor allem aber Isi Reiß, der auch diesmal die Regie führte, der Dank ausgesprochen werden. Wenn dieser Versuch gelang, so verpflichtet er aber auch in anderen Städten durchgeführt zu werden. Die Revue „Ahasver“ sollte unbedingt noch in Karlsbad, Komotau, Brüx, Teplitz, Aussig und Tetschen aufgeführt werden. Aber nicht nur das. Am kommenden Mittwoch wird in Prag die zionistische Propaganda-Revue „Die einzige Lösung“ in tschechischer Sprache mit 80 Mitwirkenden, ebenfalls unter der Regie Isi Reiß’, aufgeführt werden. Auch diese Revue sollte unbedingt in den tschechischen Provinzstädten wiederholt werden. B. M.

Von der Jüdischen Partei. Alle Mitglieder der Jüdischen Partei werden auf die Mitteilung des Vorsitzenden in der Reichenberger Versammlung (siehe Seite 1) aufmerksam gemacht und aufgefordert, solche Petitionen zu organisieren und an den Vorsitzenden, Dr. Emil Margulies, Leitmeritz, zwecks Weiterleitung einzusenden.

Von der Landesschekelkommission:

In der „Selbstwehr“ Nr. 15 vom 14. April l. J. erschien infolge eines Versehens eine Mitteilung, daß der Preis des Schekels für das ganze Gebiet der Č.S.R. mit Kč 12.— festgesetzt wurde.

Wir berichtigen hiemit die Verlautbarung und erklären, daß die Zionistische Exekutive in London den Schekelpreis für das ganze Gebiet der Č.S.R., wie bereits einmal von uns verlautbart, mit Kč 10.— festgesetzt hat.

Für die Landesschekelkommission:

F. Fränkel. Dir. Leo Eisner.

Die V. Landeskonferenz der Union der Zionisten-Revisionisten für die Tschechoslowakische Republik.

Die rev. Union teilt mit: Am 30. April um 14 Uhr beginnt im Gemeindehaus in Košice die V. Landeskonferenz. Zu der Eröffnungssitzung sind die Vertreter der zionistischen Instanzen, der Fonds u. a. eingeladen. Die Referate sind: „Rückblick und Ausblick.“ Hans Löw. — „Die Mission der Hazohar-Bewegung.“ Jabotinsky. — „Unsere zukünftige Arbeit.“ Max Guttmann, Prag. — „Jugendreferat.“ M. Apfel, Bratislava. — „Wahlkampf und praktische Betätigung der Revisionisten.“ Alexander Rabbinovicz. — „Die Tarbutharbeit.“ A. Greidinger, Užhorod. — „Unsere Stellung zur Landespolitik.“ Dir. B. Kohn, Prag. — „Die KKL.-Arbeit.“ Dr. Josef Lövi, Košice. Anfragen, Anmeldungen, Begrüßungsschreiben usw. wollen direkt an Dr. L. L. Gottesmann, Košice, Kadetská 11, gerichtet werden.

Flüchtlinge tschechoslowakischer Staatszugehörigkeit, die Deutschland verlassen mußten, wollen sich zwecks Wahrung ihrer Rechte schriftlich mit genauer Adresse an die „Liga für Menschenrechte“, Praha II, Václavské nám 7, melden.

Kreiskonferenz des Keren Kayemeth Leisrael am 14. Mai in Bardiov. Die Verhandlungen beginnen um 10 Uhr vormittag, nachher öffentliches Meeting, sodann turnerische und sportliche Darbietungen. Außerdem ein Blumentag zugunsten des Keren Kayemeth.

Aus Karpathorußland

Hebräische KKL.-Versammlung in Mukačevo. Die KKL.-Kommission am hebräischen Gymnasium in Mukačevo veranstaltete Samstag, den 22. April eine hebräische Jugendversammlung, bei der ein auswärtiger Gast, ein Abiturient und ein Schüler des Gymnasiums sprachen. Behandelt wurden die Themen: „Volk und Boden“, „Die Jugend und der KKL.“ und „Die Arbeit des KKL. in der Vergangenheit und seine Aufgaben für die Zukunft“. Die etwa 150köpfige Zuhörerschaft bestand etwa zur Hälfte von Schülern der Oberklassen des Gymnasiums, zur Hälfte von anderer Jugend. Es ist erfreulich, festzustellen, daß breite Kreise der zionistischen Jugend in Mukačevo so weit mit der hebräischen Sprache verwachsen sind, daß solche Versammlungen für sie eine Notwendigkeit dar-

stellen. Die KKL.-Kommission am hebräischen Gymnasium bereitet weitere Veranstaltungen dieser Art vor, durch die nicht nur das Verständnis für KKL. vertieft, sondern auch das Lager der Hebräisch-Sprechenden in der Stadt einen Konzentrationspunkt bekommen soll.

Tarbuth-Woche in Karpathorußland. Die in den Halbfeiertagen begonnene Tarbuth-Woche in Karpathorußland wird fortgesetzt. In den wichtigeren Orten des Landes wurden, bezw. werden Vorträge über die Fragen der Tarbuth gehalten. Auch wird eine Sammlung zugunsten des hebräischen Schulwerkes durchgeführt, die angesichts der schweren wirtschaftlichen Lage des hiesigen Judentums schöne Resultate aufzuweisen hat. Die zionistischen Organisationen, besonders die Jugend, nehmen regen Anteil an der Arbeit. Eine Ausnahme bilden die Revisionisten und der „Brith Trumpeldor“, die in Mukačevo und in einigen anderen Orten dieser wichtigen Aktion fernblieben. So wurden auch vereinzelte Versuche unternommen, die Aktion zu stören.

Hebräische Bibliothek in Mukačevo. In Mukačevo werden gegenwärtig die ersten Schritte zur Gründung einer öffentlichen hebräischen Bibliothek unternommen. Zunächst soll eine hebräische Lesehalle eröffnet werden, in der die hebräische Tagespresse und periodische Literatur aufliegt. Die Eröffnung dieser Lesehalle im Gebäude des hebräischen Gymnasiums steht unmittelbar bevor.

Barbarischer Ueberfall auf ein zionistisches Heim. Das gemeinsame Heim des „Haschomer Hazair“, des „Keif Hechaluz“ und der „Liga für das arbeitende Erez Israel“ in B. Berezny (Karpathorußland) wurde in der ersten Sedernacht von unbekannten Tätern erbrochen, wobei das Mobilar teilweise zerstört wurde. Den Bücherschrank, der die Bibliothek und das Archiv der genannten Vereine enthielt, fand man leer, ein Teil der fehlenden Bücher und Briefschaften fand sich in einem nahen Bache. Der Schaden beträgt mehrere Tausend Kč. Ueber die barbarische Tat herrscht allgemeine Erregung. Die Gendarmerie fahndet nach den Tätern.

Anklage gegen Rabbiner Spira. Wie „Podkarpatské Hlasy“ melden, erhob die Finanzprokuratur eine Anklage gegen den Mukačevoer Rabbiner Spira. Wir erinnerlich, wurde im Hause des Rabbiners kurz vor der Hochzeit seiner Tochter eine Steuerexekution vorgenommen, in deren Verlauf es zu erregten Szenen kam. Die Anklage der Finanzprokuratur soll sich nun, wie verlautet, auf diese Vorkommnisse beziehen.

Eine Berichtigung.

Herrn

Moritz Mandel, verantw. Redakteur der „Selbstwehr“

in Prag.

„Das Ende einer Hetze“ betitelten Artikel in der Selbstwehr vom 31. März 1933, wollen Sie im Sinne des zustehenden Pressegesetzes, mit derselben Schrift und auf denselben Platz folgendermaßen richtigstellen: Es ist nicht wahr, daß Belá Szerény vergeblich den Gettogeist des Gymnasiums und die schlechte Führung desselben zu beweisen beabsichtigte, sondern war ist, daß Belá Szerény auf Grund seiner Feststellungen und auf Vorladung des Gerichtes als Zeuge ausgesagt hat, daß die Leitung des Gymnasiums und namentlich Dr. Kugel Kliquepolitik betreibt und mit terroristisch-diktatorische Mitteln jede gerechte Kritik bekämpft. Es ist nicht wahr, daß Belá Szerény das Gymnasium und Schulverein zu diskreditieren beabsichtigte, sondern wahr ist, daß Belá Szerény die Wahrheit aussagen mußte und wenn seine Aussagen irgendwen zu diskretitieren geeignet waren, so ist es die Leitung desselben und namentlich Dr. Kugel, dessen Leitung und Schulpolitik zur genüge diskreditiert ist, nicht aber das Gymnasium selbst.

Achtungsvoll

Belá Szerény,

Redakteur des „Zsidó Néplap“ in Užhorod.

*

Wir drucken vorliegende Berichtigung, die sich auf das Gesetz beruft, ab. Selbstverständlich haben wir nichts an Stil und Inhalt geändert, einerseits weil wir kein Recht dazu haben, anderseits weil die ganze Zuschrift dadurch hinreichend charakterisiert ist. In der Sache selbst wiederholen wir, daß die ganze Angelegenheit, wie unser seinerzeitiger Bericht darlegt, durch ein Gerichtsurteil hinreichend geklärt ist. Herr Marton Berger ist wegen seiner Zeitungsangriffe gegen das hebräische Gymnasium und dessen Leiter Dr. Kugel zu einem Monate Gefängnis, 2000 Kč Geldstrafe unbedingt und zur Tragung der Prozeßkosten (1300 Kč) verurteilt worden. Der vom Beklagten als Zeugen geführte Landesschulinspektor Oberschulrat Vondráček sagte als übergeordnetes Aufsichtsorgan aus, daß er mit dem Gymnasium und dessen Leitung auf Grund seiner mehrmaligen Inspektionen absolut zufrieden sei.

TURNEN — SPORT

Makkabi-Kampfspiele Černauti 1933. Zu den Kampfspielen liegen bereits über 1000 Nennungen der besten jüdischen Sportler und Sportlerinnen aus fast allen Ländern Europas vor. Palästina hat bis jetzt 50 aktive Sportler, darunter eine Fußballmannschaft, und eine große Zahl von Schlachtenbummlern gemeldet. Aus England kommt eine größere Gruppe von Sportlern aller Sportzweige in einer eigenen Autokolonne. Der tschechoslowakische und polnische Makkabikreis planen die Ausrüstung eines Sonderzuges bei Anmeldung von mindestens 200 Teilnehmern.

III. Leichtathletikmeisterschaften der mährischen Makkabivereine. Die Vorbereitungen zu dieser Veranstaltung, die am 14. Mai in Oderberg stattfindet, sind in vollem Gange. Für die Meisterschaften gibt sich großes Interesse kund. Meldungen sind an Kreissportwart Dr. Zander, Mor. Ostrava, Bahnhofstr. 30, zu richten.

Sport im Schatten Hitlers. Die Reinigung der Sportvereine und -Verbände in Deutschland von jüdischen Führern und Mitgliedern schreitet fort. Nach den Turnern, Boxern und Tennisspielern haben nun auch die Verbände der anderen Sportzweige (Fußballverband, Brandenburger Leichtathletikvereine, Schwimmverband) die Mitgliedschaft von Juden als „nicht tragbar“ erklärt. — Deutsche Berufsboxer dürfen bekanntlich keine jüdischen Manager haben. Nur Max Schmeling, der deutsche Exweltmeister, durfte in Joe Jacobs seinen jüdischen Protektor behalten, dem er außer seinen Fäusten seine Karriere verdankt. Am 8. Juni soll Schmeling in Amerika gegen den Juden Baer boxen. Hitler hat, wie Schmeling bei seiner Ankunft in New York erklärte, den Kampf gegen Baer ausdrücklich genehmigt! — Die Ausschaltung der Juden aus dem Sportleben in Deutschland dürfte auf die sportlichen Beziehungen zum Ausland nicht ohne Einfluß bleiben. Außer dem amerikanischen, schwedischen und holländischen Olympiakomitee haben nun auch der österreichische Fußballverband und andere Sportverbände des übrigen Auslandes, in denen Juden als Führer oder Sportler hervorragend tätig sind, die Schwierigkeiten, die sich Sportwettkämpfen gegen Deutschland in den Weg stellen, in Erwägung gezogen. — Die „Lid. Nov.“ beschäftigten sich in einem Artikel mit der Polemik der jüdischnationalen Turn- und Sportvereine mit den deutschliberalen im „Pr. T.“ und schreiben zum Schluß: „Es scheint, daß diese Ereignisse das Ende der freiheitlichen Turnerschaft in unserer Republik bedeuten.“

Hagiborschwimmer als Extraklasse. Beim Meeting des tschechoslowakischen Schwimmverbandes stellten Abeles und Getreuer zwei neue tschechoslowakische Rekorde auf. Abeles siegte im 400-Meter-Brustschwimmen in 6:23.4 vor Pollak in 6:27.3 und Getreuer gewann 500 Meter Freistil in 6:54.2 vor Polakof, der mit 7:11.5 ebenfalls unter der alten Rekordzeit blieb, und Beran, der die ausgezeichnete Zeit von 7:15.2 schwamm. Weiters siegte Hagibor in der 12×50 Meter-staffel und wurde Sabudko über 50 Meter Freistil Dritter in 29.8. Auch im abschließenden Wasserballspiel zweier repräsentativer tschechoslowakischer Mannschaften waren Hagiborianer vertreten. — Getreuer erhielt eine Einladung des polnischen Schwimmverbandes, im Sommer an einem 200-Meter-Freistilschwimmen teilzunehmen. — Dr Steiner wurde eingeladen, sich am 100-Meter-Freistilschwimmen um den „Grand Prix“ von Paris, den er voriges Jahr gewann, zu beteiligen.

Schwimmsektion des Makkabi Teplitz-Schönau. Die vor einem Jahr gegründete Sektion sieht seit einigen Wochen unter der Oberleitung von Chaver Adolf Polakof (Hagibor Praha), unter dessen Führung sich ein bedeutender Aufschwung bemerkbar macht, der auch dem nunmehr regelmäßigen und systematischen Training der Schwimmer zuzuschreiben ist. Zum Schluß der heurigen Hallensaison wird die Veranstaltung eines Interklubmeetings geplant, in dessen Rahmen die Vereinsmeisterschaften zur Austragung gelangen sollen. Die Sektion berechtigt zu den besten Hoffnungen und läßt wünschen, daß sich noch recht viele jüdische Sportler anmelden.

Hakoah Wien spielte in der österreichischen Meisterschaft gleich im ersten Spiel gegen den österreichischen Wasserballmeister EWASK., dem sie 3:5 unterlag. Mit dem gleichen Resultat trennten sich die Reservemannschaften beider Vereine.

Fußball. Fast alle jüdischen Fußballmannschaften des In- und Auslandes haben den Spielbetrieb begonnen. Von den Spielen in der Tschechoslowakei kommen denjenigen des Hagibor und der Makkabäa Bratislava, die in der Meisterschaft spielen, besonderes Interesse zu. Hagibor gegen SK. Zbuzany 2:1 (0:1). Hagibor war dem spielstärksten Gegner seiner Gruppe im Felde überlegen, wovon die Tatsache, daß der Hagibortormann nur zwei Schüsse zu halten hatte, genügend Zeugnis ablegt, konnte jedoch nur knapp siegen. Sehr bedauerlich war das Verhalten der Zuschauer, die gegen den Schiedsrichter, der viele, meist gegen den Hagibor gerichtete Fehlentscheidungen traf, in einer Weise Stellung nahmen, die nicht scharf genug verurteilt werden kann. — Am Sonntag spielt Hagibor um 10 Uhr gegen Sparta Chrástany, Montag um halb 5 Uhr gegen Sparta Žižkov. Falls Hagibor beide Spiele gewinnt, erringt er die Führung seiner Gruppe. — Makkabäa Brat. gegen PTE. 8:4. — TTS. Trenčin gegen Makkabi Ostrava 4:0. — AFK. Bohumin gegen Makkabi Ostrava 8:2. — Makkabi Ostrava gegen SK. Kopřivnice 2:5. — AFK. Bohumin gegen Hakoah Orlau 0:2 — Makkabi Ostrava gegen Čechie VII 4:4. — Makkabi Prostějov gegen SK. Hejčin 2:0.

Aus den tschechoslowakischen Makkabivereinen. Der Turnwart des tschechoslowakischen Makkabikreises besuchte die Vereine in Košice, Prešov, Bardejov, Užhorod, Poprad, Ružomberok, Žilina, Mor. Ostrava, Olomouc und Prostějov. In allen Vereinen herrscht reges Leben und die Vorbereitungen für die Makkabimeisterschaften und die Kampfspiele in Černauti sind in vollem Gange. — Der Sport- und Kulturverein „Hakoah“, Komarno, hat seinen Namen auf „Makkabi“ geändert und ist dem tschechoslowakischen Makkabikreis beigetreten. — Makkabi Poprad. Am 20. ds. besuchte uns unser Kreisturnwart, der nachmittags mit den Funktionären technische Fragen erörterte und am Abend in einer Versammlung von Makkabimitgliedern sprach, die einen vorzüglichen Eindruck hinterließ und unsere Arbeit nachhaltig beeinflußt. Für Kfar Makkabi sammelten wir 700 Kč. — In Bratiskava findet am 30. April und 1. Mai eine Begischah des tschechoslowakischen Makkabi Hazair statt.

Eine Landestagung der mährischen Makkabivereine findet am Sonntag, dem 6. Mai in Brünn statt, wobei der Kreisobmann über die Lage in der Makkabibewegung berichten wird. Alle Makkabivereine und Kreisleitungsmitglieder in Mähren werden aufgefordert, an der Tagung teilzunehmen. Näheres im Zirkularwege.

BRIEFKASTEN

Boden in Palästina. 1. Palestine Land Developement Company, Jerusalem. 2. Hängt von den Verträgen ab.

PRAG

Veranstaltungs-Kalender

30. **April:** Beth-Haam: Generalvers., Gold. Saal d. Café Aschermann, 9 Uhr vormittags.
2. **Mai:** KKL.: „Die einzige Lösung.“ Zionistische Propagandarevue, 20 Uhr, Festsaal Beth-Haam. Regie Iři Reiß, 50 Mitwirkende.
3. **Mai:** Poale Zion: Vortrag Theodor Lessing, 20 Uhr, Städt. Bücherei.
4. **Mai:** Revis.: Jabotinsky. Großer Saal, Lucerna: „Der Kampf um den Judenstaat.“

Theodor Lessing legte in seinem Vortrage im überfüllten großen Saale der städtischen Bibliothek ein Bekenntnis zu Zionismus, zum Sozialismus und zum Deutschtum ab. Alles Große — so führte er aus — ist emporgeblüht aus Nation und Religion, über allem aber steht der Geist, der nicht national ist. Mag das Blut uns trennen, was uns verbindet, sind unsere Tränen und der Schweiß der Arbeit. 80 Millionen Menschen haben sich zum Ziel gesetzt, ein Häuflein von 600.000 Wehrlosen zu verderben. Ich kann begreifen, daß der Wehrlose schweigt, aber was ich noch nicht begreifen kann, das ist das Schweigen der Vielen, in deren Adern auch nur ein Tropfen jüdischen Blutes lebt und das sind viele Fürstengeschlechter und viele Mächtige der Erde. Deutsche Männer haben uns von Freundschaft gesprochen, deutsche Frauen von Liebe, deutsche Menschen von Treue, von deutscher Treue — es wäre Zeit, sie zu bewähren; sie schweigen; nicht das kleinste Wörtchen der Empörung wird vernommen. — Was soll der deutsche Jude heute tun? Der Zionismus gibt die Antwort: Untertauchen im gesunden jüdischen Volkstum; Werde, was du bist! Aber mit dem Bekenntnis zum Volkstum ist nichts getan. Der deutscheste aller Philosophen, Fichte, sagt: Es kommt nicht darauf an, daß das Volk lebt und erhalten bleibt, es kommt darauf an, daß das Volk wert bleibt seiner Dauer und Erhaltung. Das ist auch unsere Aufgabe. Wir Juden haben der Welt zu zeigen, daß man konservativ bleiben kann und gleichwohl Träger der menschlichen Zukunft, gleichzeitig treu und frei, ein Volk und mehr als ein Volk.

Vorträge Fric—Gottlieb. Am 26. April veranstaltete der Verein „Theodor Herzl“ einen Vortragsabend, in dem der ehemalige tschechoslowakische Konsul für Palästina Dr. Fric und Dr. Frant. Gottlieb sprachen. Der Abend war äußerst reizvoll, weil man zwei in Form und Inhalt so verschiedene Reden über dasselbe Thema im gleichen positiven Sinne zu hören bekam. Dr. Fric sprach sachlich, ausführlich über Palästina und gab einen gründlichen Ueberblick über Geographie, Wirtschaft und politische Lage des Landes, das er in jahrelanger diplomatischer Wirksamkeit kennenlernen konnte. Seine sympathische und verständnisvolle Einstellung zum zionistischen Palästinaaufbau ist bekannt und kam auch in seinen Ausführungen bei aller geradezu wissenschaftlichen Objektivität deutlich zur Geltung. Im Gegensatze zu den Darlegungen Fric's, die mehr den Charakter einer akademischen Vorlesung hatte, waren die Worte Dr. Gottliebs eine leidenschaftliche und gedankenvolle Gegenüberstellung von Zionismus und Gegenwart. Die Reden Dr. Gottliebs nähern sich einer großen Synthese, die wir bei einem politischen Redner ganz besonders schätzen müssen, der Synthese von Pathos, Geist und feinster Sprachkultur. — Beiden Rednern wurde lebhaftester Beifall zuteil.

Ing. Robert Stricker sprach als Gast der Union der Zionisten-Revisionisten am 22. April im vollbesetzten Festsaale des Prager Jüdischen Rathauses. Prof. Arno Stampf eröffnete den Abend. Ingenieur Stricker führte aus: **Das Weltjudentum ist heute bis in seine tiefsten Tiefen aufgewühlt durch die unerhörten Vorfälle in Deutschland. Nicht die momentanen Gewalttaten, nicht der Boykott der sich gegen die Existenz der Juden Deutschlands richtet, sind das ärgste Vergehen Deutschlands. Gewalttaten sind bald vergessen. Blutende Wunden heilen zu. Ein Kampf, der sich aber gegen die Kinder unseres Volkes richtet, kann nicht vergessen und nicht verziehen werden. Das Weltjudentum hat sich zur Abwehr erhoben. Proteste, Demonstrationen, diplomatische Demarchen, auch diese Dinge sind bald vergessen. Nicht vergessen werden wir aber das, was uns heute in Fleisch und Blut übergegangen ist, die Abkehr von allem Deutschen. Der Boykott, der in der ganzen Welt vom Judentum gegen Deutschland durchgeführt wird, wurde von keinem Menschen, von keiner Instanz veranlaßt und erklärt. Aus diesem Grunde kann er auch von keinem Menschen und keiner Instanz beseitigt werden.** Die Assimilation die in Deutschland zur höchsten Stufe gelangte, hat heute die Hohlheit ihrer Ideologie gezeigt. Die zweite Internationale hat heute ausgespielt. Die SPD. Deutschlands hat sich als nationale Gemeinschaft erklärt. In sozialdemokratischen Versammlungen in Wien, mit Ausnahme der Leopoldstadt, hört man heute ununterbrochen das allzubekannte Klagwort „der Jud ist schuld“. Der einzige Weg aus jüdischer Not und jüdischem Elend führt das Judentum nach Erez Jisrael. Nicht nach einem kulturellen Zentrum, das manche, die sich Zionisten nennen, als erstrebenswertes Ziel ersehnen. Nicht nach einem Palästina, das ein Versuchsfeld für marxistische Probleme ist. Erez Jisrael kann nur dann die Lösung der Judenfrage bringen, wenn es das Produkt ist jenes reinen und ehrlichen Zionismus, wie ihn Herzl schuf: Der Judenstaat zu beiden Seiten des Jordan ist die Zukunft des Judentums.

„Geist des Mittelalters.“ Dienstag sprach Anton Kuh im Großen Saal der Produktenbörse. Von außen her — mit diesmal zu großer Bescheidenheit wies er selbst darauf hin, daß er nur Physiognomien sehe und nur auf Tonfälle hinhorche —, von dem neudeutschen Wortschatz her leuchtete er dem Geist Deutschlands von 1933 bis ins Innerste, bis dorthin, wo Wort und Begriff der „Umstellung“ herkommen. Er geißelte mit um so überzeugterer Schärfe den Typ des deutschen Intellektuellen, der sich vom Unsachlichen, Undurchdachten und Unkontrollierbaren leiten läßt und es das Gefühlsmäßige nennt. Erstaunlich und erfreulich: Daß es ein Mann wagt, in jüdischer Sache zu sprechen, der stets in die Reihe jener jüdischen Intellektuellen deutscher Kultur gehört hat, die ein Bekenntnis zum Judentum für „Geist des Mittelalters“ halten. l. r. b.

„Die einzige Lösung.“

Das deutsche Judentum wird ausgehungert — jüdische Beamte werden auf die Straße geworfen, jüdische Geschäfte gewaltsam gesperrt. — Das Judentum in Deutschland vor der Vernichtung! Und nicht nur in Deutschland! Welcher Weg ist frei? „Die einzige Lösung“ gibt die Antwort. „Die einzige Lösung“ zeigt den Weg aus der jüdischen Not zu jüdischem Aufbau. „Die einzige Lösung“ ist die größte zionistische Propagandarevue, die am Dienstag, dem 2. Mai, im Festsaal des Beth-Haam zur Aufführung gelangt. Die künstlerische Leitung liegt in den Händen von Iši Reiß, die musikalische Einrichtung der Revue besorgte Frank Pollak, der gemeinsam mit Kapellmeister Müller vom Prager Deutschen Theater die musikalische Leitung innehat. Jiři Kraus schuf für diese Revue politische Songs. Die Bühnenbilder zeichnet Otte Wallisch. Die Mitwirkenden setzen sich aus den Mitgliedern der Prager zionistischen Jugend- und Studentenbünde zusammen. Karten zur Aufführung der Revue „Die einzige Lösung“ im Büro des KKL., Dlouhá 41. Tel. 65219, bei Truhlář, Wetzler und in der Garderobe des Café Ascherman von 5 bis 20 Kč.

Vladimir Jabotinsky spricht am 4. Mai in der Lucerna über den „Kampf um den Judenstaat“. Kartenvorverkauf ab 22. d. M. bei Truhlářová, Wetzler und Café Aschermann. Bestellungen aus der Provinz an die Union der Zionisten-Revisionisten, Prag I, Dlouhá 41. Ueber Bestätigung des Hilfskommitees erhalten Emigranten Freikarten.

Der Verein für unentgeltlichen Arbeitsnachweis, Prag I., Královorská 15, hielt in den verflossenen Tagen unter dem Vorsitz seines Obmanns Herrn Direktor Siegmund Altschul seine 32. ordentliche Generalversammlung ab, welche recht zahlreich besucht war. Der Vorsitzende konstatierte in seinem Tätigkeitsbericht, daß es dem Verein gelungen sei, trotz der schweren wirtschaftlichen Krise und der allgemein herrschenden Abbautendenz im verflossenen Vereinsjahr ein günstigeres Resultat zu erzielen als im Vorjahr. Es wurden 624 Stellensuchende placiert, was ungefähr 35 Prozent sämtlicher bei dem Verein im Laufe des Jahres angemeldeten freien Stellen entspricht. Dieses verhältnismäßig günstige Resultat ist der von dem Verein betriebenen erhöhten Propaganda zu verdanken, deren Kosten der Verein aus eigenen Mitteln trägt. Nichtsdestoweniger verwies der Vorsitzende auf die Tatsache, daß die Situation auf dem Arbeitsmarkt sich verschärft hat. Er richtete deshalb den dringenden Appell an die gesamte Mitgliedschaft sowie an die breite Oeffentlichkeit, dem Verein vakante Stellen auf schriftlichem oder telephonischem Wege (Telephon-Nr. 60833) zu melden. — Bei den in der Generalversammlung vorgenommenen Neuwahlen wurden folgende Herren gewählt: Obmann: Herr Dir. Siegmund Altschul; Obmannstellvertreter: die Herren Ing. Rudolf Grünhut und Rat Direktor Richard Neuern; Kassier: Herr Ludwig Mändl; Schriftführer: die Herren Disp. Max Scherer und Viktor Bisický; Obmann des Exekutivkomitees: Herr Ing. Sam. Kalman.

Gesellschafts- und Studienreise nach Palästina. Sonderfahrt des Riesenozeandampfers „Vulcania“ (36.000 Tonnen), veranstaltet vom Austro-Palästinensischen Wirtschafts-Dienst, Wien IX, Berggasse 16 (Handelsmuseum). Pauschalpreis von Prag bis Prag, alles inbegriffen, 5150 Kč bei Benützung der Touristen- und II. Schiffsklasse, und 4750 Kč bei Benützung der III. Schiffsklasse. Die Einzahlung kann in Prag erfolgen. Prospekte durch das Palästinaamt in Prag und durch den Austro-Palästinensischen Wirtschafts-Dienst, Wien IX, Berggasse 16.

BRÜNN

Hilfskomitee für die Juden aus Deutschland. Am 23. d. M. fand eine nach Brünn einberufene Versammlung von Vertretern der auswärtigen Kultusgemeinden behufs Besprechung der Situation statt, wobei der geschäftsführende Obmann des Komitees Doktor Hugo Herrmann ein eingehendes Referat über die Aufbringung der notwendigen Hilfsmittel erstattete. Es wurde einhellig beschlossen, in jeder Gemeinde ein Komitee zu genanntem Zweck zu bilden, und so in allen Orten die Arbeit zu zentralisieren. Besonders hervorzuheben ist, daß die Aktion nicht lediglich momentaner Hilfe dienen, sondern auch konstruktiver Natur sein soll, damit die um ihre Existenz gebrachten Menschen in eine neue Erwerbstätigkeit hinübergeleitet werden können. A. St.

Jüdisches Altersheim. Am 28. ds. wurde im Sitzungssaale der Kultusgemeinde eine Sitzung des Kuratoriums des Rosenthalschen Altersheims unter Vorsitz des Präsidenten der Kultusgemeinde Julius Zwicker abgehalten. Der Beratung nach zu schließen, eröffnet sich nunmehr für die jüdische Bewohnerschaft Brünns die hocherfreuliche Aussicht, daß das langersehnte jüdische Altersheim in absehbarer Zeit geschaffen werden wird. A. St.

Dr. Karl Ritter, bis nun Dramaturg am Oberschlesischen Landestheater in Beuthen, der infolge der furchtbaren Verhältnisse in Deutschland seiner Tätigkeit dortselbst plötzlich enthoben wurde, gab am 22. April einen vom Sekretariat der ZO. unterstützten Vortrag über „Ernstes und Kunterbuntes vom Theater“. Er verstand es, durch seine auch auf eigene Dichtungen sich erstreckende Vortragskunst und durch seine lebenswahren Darstellungen aus dem Theaterleben das zahlreich erschienene Publikum sowohl zu ergreifen, als auch zu erheitern. Dasselbe spendete, wohl auch in tiefer Verbundenheit mit dem Schicksal des Judentums in Deutschland, dem überaus sympathischen Künstler stürmischen Beifall. Es wäre zu wünschen, daß Dr. Ritter in größerem Rahmen noch eine zweite Vorstellung geben und auch der Provinz seine Kunst zeigen möchte. A. St.

Makkabi-Hazair, Jubiläumsaktion. Anläßlich des fünfjährigen und so erfolgreichen Bestandes des Makkabi-Hazair findet eine Reihe von Feiern und

Veranstaltungen unter dem Namen „Jisrakiion" statt, die hauptsächlich eine starke Propaganda nach innen und außen entfalten soll. Eingeleitet wird dieselbe mit einem Jubiläumsfestabend am 9. Mai im Saale der Kultusgemeinde und abgeschlossen mit einer großen Kinderfeier am 15. Juni d. J. am Makkabiplatze. Wir werden auf diese ein reichhaltiges Programm aufweisende Aktion noch zurückkommen. A. St.

Heinrich Buchführer, der auf seinem Programm als Heldentenor der Oper Tel Awiw figuriert, veranstaltete am 18. d. M. ein von wenigen Personen besuchtes Konzert, das einer kritischen Würdigung nicht standhält.

Antisemitismus als Völkerhisterie. (Betrachtungen zum Schicksale der Juden Deutschlands.) Als Gast der Zionistischen Organisation spricht Samstag, den 29. ds. um 20½ Uhr im Festsaale der Staatsrealschule (Janska) Dr. Felix Weltsch (Prag) über dieses heute jedenfalls aktuelle Thema. Karten von Kč 3.— bis 10.— sind in der Buchhandlung Winkler erhältlich.

Kultur- und Jugendkommission. Donnerstag, den 4. Mai um 20½ Uhr im Bnai-Brith-Saal, Legionärstraße 31, im Rahmen der Knjko die letzte „Jüdische Monatsrevue" mit „Zionistischer Bilderschau" dieses Semesters.

Ing. Rudolf Pfister in Brünn. Ing. Rudolf Pfister, der bekannte Schweizer Ingenieur, als Erbauer des Ruthenbergwerkes uns allen bekannt, spricht über Einladung der Zionistischen Organisation am Samstag, den 6. Mai um 20½ Uhr im Gewerbemuseum (Husova) über das Thema: „Das moderne Palästina." (Mit Lichtbildern.)

Makkabi Hazair. Dienstag, den 9. Mai findet aus Anlaß des fünfjährigen Bestandes im Kultusgemeindesaal um 20 Uhr eine Festversammlung statt.

Lag-Beomer-Feier der Kniko. Die Kultur- und Jugendkommission der Zionistischen Organisation veranstaltet am Sonntag, den 14. Mai am Makkabisportplatze eine Lag-Beomer-Feier, bei welcher eine Reihe sportlicher Bewerbe zur Austragung gelangen.

Jung-Jüdischer Gesangsverein. Montag, den 1. Mai, mit Rücksicht auf den Staatsfeiertag, keine Gesangsprobe. Die nächste Probe findet Montag, den 8. Mai im Musikinstitut Bachner, Kolištĕ 15, statt. Sangeslustige Damen und Herren willkommen.

Hebräischlehrer. Die Zionistische Organisation ist in der Lage eine Reihe gut qualifizierter Hebräischlehrer anzuempfehlen. Informationen: Kolištĕ 57.

Schekelaktion. Gesinnungsgenossen, die sich an der Schekelkampagne beteiligen wollen, erhalten Blocks im Sekretariate der Zionistischen Organisation.

GEMEINDEN

Brief aus Pilsen

Der Aufschwung des zionistischen Lebens in Pilsen, von dem wir in der vergangenen Arbeitsperiode bereits öfters zu berichten Gelegenheit hatten, dauert fort. Ein Vortrag des Herrn J. Edelstein aus Teplitz über die soziale Lage der Judenheit und die Probleme jüdischen Lebens, gesehen von unseren Linken, fand vollen und ungeteilten Beifall. Kurze Zeit nachher traten die Ereignisse in Deutschland ein. Die zion. Ortsgruppe stand vor der schweren Aufgabe, die Oeffentlichkeit über all das, was in Deutschland vorgeht, zu informieren und unseren bedrängten Brüdern mit Rat und Tat beizuspringen. In einem überfüllten Saal, wie ihn die zionistische Oeffentlichkeit Pilsens seit Jahren nicht erlebt hat, sprachen Frau MUDr. Rahel Klompus aus Tel Awiw und Professor Dr. Theodor Lessing über die heutige Lage des Judentums. Nach den Ausführungen Prof. Lessings über die Situation in Deutschland waren die Worte der Frau Dr. Klompus über das aufblühende Palästina ein wahrer Trost und Hoffnungsstrahl. Als Antwort auf die Boykottbewegung sprach 3 Wochen später Dr. Frant. Friedmann in einer großangelegten Protestversammlung zu einem aus allen Schichten des hiesigen Judentums zusammengesetzten Publikum.

Aber auch in materieller Hinsicht hat die Ortsgruppe entsprechend der schweren Lage ihre Pflicht voll und ganz erfüllt. Eine großangelegte Kampagne für den Keren Hajessod brachte unter der hervorragenden Leitung der Frau MUDr. Rahel Klompus aus Tel Awiw Zeichnungen im Betrage von über 150.000 Kč. Das erfreuliche Moment der letzten Arbeitsperiode ist das Wiederaufleben der Wizo, das wir vor allem Frau Minna Arje aus Prag verdanken. Mit einer Reihe von Vorträgen und zwar: Herrn Arch. Beer, Dr. Koeser und Frau Dr. Klompus, errang sich die Wizo allgemeine Anerkennung und Beliebtheit.

Es ist selbstverständlich, daß eine Menge anderer Fragen an die Ortsgruppe herantreten: Kultusgemeindepolitik, Unterbringung und Arbeitsbeschaffung für die Chaluz-Gruppe, Keren-Kajemeth-Arbeit und vieles andere. Auch in dieser Hinsicht wird nach Kräften das Möglichste geleistet. e. k.

✢

Im Zuge der intensivierten Tätigkeit des Keren Kajemeth wurde durch den Delegierten der Landeszentrale des KKL, Herrn Dr Paul Koeser, in Pilsen eine neue KKL.-Kommission gebildet. Auf der am Sonntag, dem 22. ds. zu diesem Zwecke einberufenen und reich beschickten Versammlung sprach Herr Dr. Koeser über die heutigen Aufgaben und Ziele der konstruktiven Palästina-Arbeit und betonte die unbedingte Pflicht eines jeden Zionisten, sich uneingeschränkt dem Palästina-Aufbauwerk zur Verfügung zu stellen. Die energischen Ausführungen Dr. Koesers fanden entsprechenden Widerhall und eine große Anzahl der Anwesenden, vor allem die Damen der Wizo und Jungwizo und die Jugend des Makkabi und Techeleth-Lawan meldeten sich zur freiwilligen Nationalfondsarbeit. Herr Dr. Koeser entwickelte hierauf seinen Arbeitsplan und im Sinne der Neuorganisierung wurde folgende Besetzung getroffen: 1. Organisationsleitung Vorsitz: Dr. Ernst Adler; Administrative: Herr Adolf Lang; Secretariat und Schriftführung: Frl. Anči Löffler; Ressort Büchsen: Frau Grell Tanzer; Ressort Jmi: Frau Dr. Růža Jellinek; Ressort Spenden: Frau Münzer und Frau Klauber; Ressort Umgebung: Herr Emil Löbner. — 2. Gruppenkommissäre. Wizo: Frau Hamlisch und Frau Fina Löbner; Jung-Wizo: Frl. Verči Tanzer; Makkabi: Herr Fritz Polatschek und Herr R. Kohn; Volksverein Zion: Herr Dr. Ernst Münz und Herr Emil Löwy; Hechaluz: Adolf Sternberg. Die neue Kommission nahm sofort ihre Tätigkeit in Form der Sammlung für die Aktion „Hilfe durch Ansiedlung" auf, die zunächst in sämtlichen Orten im Umkreis von 60 Kilometer von Pilsen durchgeführt wird. Unter der Leitung des Hrn. Dir. Ernst Adler, der als bewährter und gründlicher Mitarbeiter des Nationalfonds bestens bekannt ist, läßt die neue Kommission auch die begründete Hoffnung auf einen ziffernmäßig großen Erfolg zu. Für die allernächste Zeit sind in Pilsen eine ganze Reihe neuer Organisationsmaßnahmen geplant. E. Löbner.

Große Manifestationsversammlung in Aussig.

Der Landesverband jüdischer Frauen „Wizo", der jüdische Volksverein „Theodor Herzl", der jüdische Turnverein „Makkabi", die Liga für das arbeitende Erez Israel und die Jüdische Partei veranstalteten am 19. April im großen Saal der Stadtbücherei, der bis auf den letzten Platz gefüllt war, eine große jüdische Manifestationsversammlung unter dem Titel „Das Schicksal der Juden in Deutschland". Redner war Dr. Emil Margulies, der in meisterhafter Art das große Drama, das sich vor uns in Deutschland abrollt, und das Vernichtung der deutschen Juden heißt, schilderte. Er sprach davon, daß trotz der ungeheuren kulturellen und wirtschaftlichen Leistungen der deutschen Juden, trotz ihrer völligen Assimilierung an das deutsche Volk eine vollständige Entrechtung und barbarische, wirtschaftliche Vernichtung derselben stattfindet. Er wies darauf hin, daß das stolze Gebäude der Ideologie der Assimilation vollständig zusammengebrochen sei und daß die deutschen Juden auch seelisch vor dem Nichts stünden, da sie sich vom jüdischen Volke innerlich losgelöst hatten. Es gibt nur ein Mittel: zurück zum jüdischen Volke und der Aufbau einer glücklichen Zukunft in Palästina. Den in ihrer Existenz bedrohten Juden in Deutschland kann man aber bloß durch Aufnahme des Kampfes helfen, den die deutsche Regierung dem jüdischen Volke angesagt hat. Reicher Beifall unterbrach öfters den Vortrag und wiederholte sich am Schlusse.

Břeclav. Dienstag, den 2. Mai spricht hier Doktor Oskar Neumann als Gast der zionistischen Ortsgruppe und der Wizo über das Thema: „Das Judentum in der heutigen Zeit."

Gablonz: Ueber Einladung des Zionistischen Volksvereines führte der Prager Techeleth Lawan die in Prag mit großem Erfolg aufgenommene Szenenfolge „Ahasver" unter der künstlerischen Leitung von Jiří Reiß auch in Gablonz vor. Auch hier waren die zahlreichen Zuschauer von den ergreifenden Vorführungen begeistert. Alle Mitwirkenden vereinigten sich durch die Exaktheit ihrer Darbietungen zu einem geschlossenen Ganzen und haben damit eine wertvolle und neuartige Propaganda geschaffen. Es ist zu wünschen, daß auch die anderen Ortsgruppen sich diese Gelegenheit nicht entgehen lassen, um den Juden ihres Ortes ein Bild „von jüdischer Not zu jüdischem Aufbau" zu bieten. Eine Kollekte für den KKL. beschloß den gelungenen Abend, der allen Zuschauern unvergeßlich bleiben wird.

Hlohovec. Ein interessantes Novum für hier war die jüngst stattgefundene Veranstaltung einer Gesprochenen Zeitung. Die Chefredaktion hatte Herr Doktor Oskar Neumann inne, dessen geistreiche Conference der ganzen Artikelserie ein geschlossenes Bild gab. Sein Leitartikel „Zur Situation" beleuchtete die schicksalsschwere Gegenwart des Judentums. Die Vizepräsidenten unserer Wizo-Ortsgruppe, Frau Josefa Wilhelm, gab in einem herzlichen Appell an unsere Damen ein wohlgeordnetes, übersichtliches Bild über Ziele und Wege der Wizoorganisation, der Palästina- und Aufbauarbeit der jüdischen Frau. Der äußerst instruktive Artikel des Hrn. Dr. Eislers behandelte die jüdische Landes- und Gemeindepolitik, während Dr. Rosenfeld in formvollendeter Rede — in Anspielung an die deutschen Ereignisse — Historie und Debakel der jüdischen Assimilation erörterte. Herr David Glück besprach die Lage des Misrachi. Herr JUC. Arpad Goldstein sprach zur KKL.-Arbeit. Den heiteren Teil der Zeitung besorgte die Jugend, u. zw. die Herren Korach und Emanuel Wertheimer.

Am 8. Nissan fand die Vermählung des Herrn Alexander Fränkel mit Frl. MUC. Lenke Drischnitz aus Hlohovec statt. Wir gratulieren herzlichst.

Hodonín. Am Donnerstag, den 4. Mai ist Dr. Oskar Neumann Gast unserer Ortsgruppe. Dr. Neumanns Vortrag, der hier zum ersten Male spricht, wird mit großem Interesse entgegengesehen.

Iglau. Samstag, den 6. Mai spricht hier Dr. Oskar Neumann (Bratislava) über das Thema „Das jüdische Volk und seine Jugend". Es ist kein Zweifel, daß dieser Vortrag hier ein großes Auditorium finden wird.

Komotau. Nach dem Teplitzer Kreistag setzte eine lebhaftere Tätigkeit der jüdischen Vereine ein. Die Haussammlung für den KKL. wurde beendet. Allwöchentlich finden Vorstandssitzungen statt. In der letzten Zeit hielt Herr Dr. Ullmann ein eineinhalbstündiges, äußerst interessantes und instruktives Referat, aus dem wir unsere Richtlinien für die jetzige Arbeit ziehen konnten. In einer ungewöhnlich gut besuchten Versammlung sprachen Herr Dr. Franz Kohner, Brüx, und Herr Dr. Felix Seidemann über „Das Schicksal der deutschen Juden". Beide Redner fanden großen Beifall, was sich auch in 21 Neuanmeldungen zur jüdischen Partei ausdrückt. Eine Werbeversammlung für den Jüd. Volksverein findet noch diese Woche statt. Ueber „Galuth-Palästina" sprechen Herr Dr. Fritz Ullmann aus Karlsbad und unser Obmann Herr S. Otto Lichtner, der soeben aus Palästina zurückgekehrt ist. — Ein Hilfskomitee für Flüchtlinge hat sich bereits konstituiert.

Pohrlitz. Dr. Oskar Neumann (Bratislava) spricht auf der Tournee, die von der Zionistischen Kreisleitung in Brünn organisiert wird, am Mittwoch, den 3. Mai in unserer Ortsgruppe.

Reichenberg. Am 25. April starb der hiesige Rechtsanwalt Dr. Alfred Soudek im 57. Lebensjahre. Der Verblichene erfreute sich wegen seines liebenswürdigen, gütigen Wesens und seines ehrenhaften Charakters in weiten Kreisen der Bevölkerung großer Beliebtheit. Er war auch durch viele Jahre Vorstandsmitglied der israelitischen Kultusgemeinde und Obmann des Tempel-Chorvereins. Sein auf tragische Weise erfolgter Heimgang erweckt allgemeine Teilnahme.

Reichenberg. Am Mittwoch, dem 12. April wurden die sterblichen Ueberreste des Herrn Emil Deutsch im hiesigen Krematorium eingeäschert. Ohne jeden Prunk, ohne Reden, die er sich letztwillig verbeten hatte, wurde Emil Deutsch bestattet, schlicht, wie er gelebt hatte. Aber dieses schlichte, bescheidene Leben war erfüllt von einer Reinheit und Seelengröße, die jedem, der den Verstorbenen gekannt hatte, Achtung abnötigte. Dem zionistischen Volksverein in Reichenberg gehörte Herr Deutsch seit dessen Gründung an, lange Jahre als Obmann und Ausschußmitglied. Unersetzlich sind die Dienste, welche Herr Deutsch der Sache des Zionismus als Nationalfondskommissär geleistet hat, unbeirrt durch Lauheit und Mangel an Verständnis, unermüdlich bis zu seinen letzten Tagen. Zwei Details mögen zur Kennzeichnung des Hingeschiedenen hier stehen: Noch wenige Tage vor dem Schlaganfall, der seinem Leben ein Ziel setzte, erbot sich Emil Deutsch an Stelle anderer verhinderter Mitarbeiter an einer Keren-Hajessod-Aktion mitzuwirken und erst der eingetretene Anfall verhinderte die Durchführung dieser Absicht. Für seine Bestattung hatte Emil Deutsch alle Verfügungen hinterlassen, außer den vorgeschriebenen Gebeten wurde nach seinem Sinne kein Wort zu seiner Ehrung gesprochen. Aber als letzter Gruß erklangen auf seinen Wunsch über seinem Sarge die Töne der Hatikwah, eine erschütternde Kundgebung von Treue zu Zion über den Tod hinaus. Der Zionistische Volksverein gedachte des Hingeschiedenen in einer Trauersitzung, die am 15. April im Sitzungssaale der Kultusgemeinde abgehalten wurde, und an der sich der Vorstand der Kultusgemeinde, der Chewra Kadischa und Vertreter der jüdischen Korporationen im Orte beteiligten. Im Geiste von Emil Deutsch ist die Ehrung, welche der Volksverein seinem unvergeßlichen Mitglied zugedacht hat. Ein Garten von hundert Bäumen wird den Namen „Emil Deutsch" in Erez Jisrael Enkeln und Urenkeln künden, ein lebendiges Denkmal eines Daseins, welches der Arbeit für das jüdische Nationalheim gewidmet war.

Trenčín. Die „Zionistische Ortsgruppe" veranstaltete am 27. März eine „Gesprochene Zeitung". Die Referate, erstattet von den Herren Rabb. Dr. Keller über „Aktuelle Fragen im Judentum", Dr. Ringwald über „Jüdisches Selbstbewußtsein" sowie Hrn. Landstein jun. über „Der Jüdische Nationalfonds" fanden lebhaftes Interesse der sehr gut besuchten Versammlung.

Uh. Hradiště. Die letzten Ereignisse in Deutschland sowie die Ereignisse in unserer Ortsgruppe haben eine Verstärkung der zionistischen Arbeit in jeder Richtung bewirkt. Unsere Ortsgruppe hat mit gutem Erfolg die Pessachaktion des NF. durchgeführt. Der Aktion sind Flugblätter vorangegangen, welche nicht nur in unserer Stadt, sondern auch in der Umgebung verteilt wurden und ein unerwartetes Ergebnis zeitigten. Es meldeten sich daraufhin viele neue Mitglieder in die zionistische Organisation und wir hoffen, eine Rekordzahl von Schekolim abzusetzen. Wir haben uns aber nicht nur auf die Arbeit in unserer Gemeinde beschränkt. So haben wir in Bzenec eine gelungene Versammlung veranstaltet, in welcher

die Herren Ing. Hugo Jellinek und Max Munk über aktuelle jüdische Fragen sprachen. Es wurde dort eine zionistische Ortsgruppe gegründet und eine Schekelaktion durchgeführt. Der Vorsitzende der dortigen Kultusgemeinde, Herr Redlich, versprach den NF und den Keren Hajessod alljährlich zu subventionieren.

Znaim: Am Samstag, den 6. Mai gelangt im hiesigen Stadttheater „Die einzige Lösung“, ein Stück von jüdischer Not und jüdischem Aufbau durch das Brünner Ensemble zur Aufführung. Das Interesse für diesen Abend ist begreiflicherweise in allen Kreisen überaus groß.

Zwittau. Donnerstag, den 20. ds. fand hier eine vom zionistischen Verband „Achduth“ einberufene Versammlung der Zwittauer Judenschaft statt, in der zu den Ereignissen in Deutschland, soweit sie die Juden betreffen, Stellung genommen wurde. Vor zahlreichen Zuhörern sprach zuerst ein jüdischer Emigrant aus Deutschland, der am 1. April ohne Angabe von Gründen aus seinem künstlerischen Betätigungsfeld entlassen wurde. Der Gast schilderte objektiv sein Einzelschicksal — als Juden und als Menschen. Als zweiter Redner sprach der Obmann der hiesigen zionistischen Ortsgruppe, Ing. Willy Wagner, der in begeisterten Worten das offene Bekenntnis zum jüdischen Volke und dem Zionismus, mit dem Endziele des Judenstaates, als einzige Lösung der Judenfrage in der ganzen Welt bezeichnete. Lebhafter Beifall und Zustimmung dankte seinen Worten. Eine Tags darauf durchgeführte Aktion für den KKL. ergab den für hiesigen Verhältnisse großen Betrag von nahezu 5000 Kronen. Dies ist wohl ein erfreuliches Zeichen für das unter dem Eindrucke der deutschen Verhältnisse ...sentlich nunmehr endgültig erwachte jüdische Solidaritätsgefühl.

Geschäftsnachrichten

Prager Mustermesse.

Inlanderzeugnisse gesucht. Im Nachfragedienste der Prager Mustermesse liefen u. a. folgende Nachfragen nach tschechosl. Erzeugnissen ein: 3754 — Arabien (Mecca-Hedjaz): Gablonzer Waren, Rosenkränze Kolliers, Metallringe, Glasarmbänder, Wäsche usw. usw. (Vertr.) — 3763 Palästina (Tel-Awiw): Saughalme aus Papier usw. Die Adressen und Bedingungen gibt kostenlos der Nachfragedienst der PMM., Prag VII., Messepalast Nr. 54 unter Angabe der laufenden Zahl bekannt.

Geist und Körper halten Sie durch regelmäßige Einreibungen mit dem Menthol-Franzbranntwein Alpa gesund. Diese stärken Nerven und Muskeln. Das sagt auch Ihr Arzt.

In dem Bestreben, Ihnen zur Reduktion Ihrer Regie zu verhelfen, erlaube ich mir Ihnen meine Dienste anzubieten. Reinigungsanstalt für Auslagen, Portale, Schilder, Fenster, Fußböden und aller einschlägigen Arbeiten zu konkurrenzlosen Preisen. Erstklassige, solide, pünktliche Bedienung. Besuch meines Vertreters gratis und unverbindlich. Machen Sie einen Versuch bei der Reinigungsanstalt **St. Kalina. Praha V, Žatecká 12.** Tel. 659-74.

Konkurs.

In unserer Gemeinde gelangt die Stelle eines

Tempel- und Gemeindedieners

zur Besetzung.

Die Bewerber müssen außerdem die Fähigkeiten eines Vorbeters und Schächters besitzen. Gehalt nach Uebereinkommen.

Israelitische Kultusgemeinde Hodonin,
Adolf Steinitz, Kultusvorsteher.

Der Vorstand der isr. Kultusgemeinde, Reichenberg, und der isr. Tempelchorverein, Reichenberg, geben schmerzerfüllt Nachricht von dem Hinscheiden ihres langjährigen Mitgliedes bezw. Obmannes, des Herrn

Dr. Alfred Soudek,

Advokaten in Reichenberg.

Der Dahingegangene wird als ein Mann der reinsten und edelsten Gesinnung und der treuen und unermüdlichen Hingabe an die ihm anvertrauten Pflichten seines Amtes in der Erinnerung aller, die ihn kannten, fortleben.

Reichenberg, den 26. IV. 1933.

Die Benützung der Zeitungsmarken wurde von der Post- und Telegraphendirektion in Prag unter Nr. 135080/VII—1926 bewilligt.
Herausgeber: Ein Konsortium. — Verantwortlicher Redakteur: Moritz Mandl. — Druck von Heinr. Mercy Sohn, Prag.